AMTSBLATT

der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Band III Stück 13

Hannover, den 15. November

1971

INHALT:

I. Gesetze und Verordnungen

II. Beschlüsse und Verträge

- Nr. 46 EntschlieÙung der Generalsynode zum Thema „Menschen heute vor Gott“. Vom 7. Oktober 1971 531
- Nr. 47 EntschlieÙung der Generalsynode zum Entwurf einer „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ (Leuenberger Konkordie). Vom 7. Oktober 1971 531
- Nr. 48 EntschlieÙung der Generalsynode zur Neuordnung der EKD. Vom 7. Oktober 1971 532
- Nr. 49 EntschlieÙung der Generalsynode zur „Gemeinsamen theologischen Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit“. Vom 7. Oktober 1971 532
- Nr. 50 EntschlieÙung der Generalsynode zu einer zeitgerechten Seelsorge. Vom 7. Oktober 1971 532
- Nr. 51 BeschluÙ der Generalsynode und der Bischofskonferenz zur weiteren Behandlung von Agende II. Vom 7. Oktober 1971 532
- Nr. 52 BeschluÙ der Generalsynode über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1972. Vom 6. Oktober 1971 533
- Nr. 53 BeschluÙ der Generalsynode über den Haushalts- und Stellenplan des Prediger- und Studienseminars Pullach für das Rechnungsjahr 1972. Vom 6. Oktober 1971 541
- Nr. 54 BeschluÙ der Generalsynode über den außerordentlichen Haushaltsplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Vom 6. Oktober 1971 542
- Nr. 55 BeschluÙ der Generalsynode zu Haushaltsfragen. Vom 6. Oktober 1971 543

III. Mitteilungen

- Nr. 56 Organe und Amtsstellen 543

IV. Personalnachrichten

- Generalsynode, Bischofskonferenz, Spruchkollegium 543

V. Aus den Gliedkirchen

a) Verfassungs- und Organisationsrecht

- Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern über die Beauftragung von Gemeindegliedern zum Predigtamt und zur Sakramentsverwaltung vom 19. März 1971; hier: Ausführungsbestimmungen. Vom 21. Mai 1971 544
- Bekanntmachung der Neufassung der Kirchenverfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers. Vom 1. Juli 1971 544
- Kirchengesetz der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck zu dem Vertrag der evangelisch-lutherischen Kirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Weltmission und des kirchlichen Weltdienstes. Vom 7. April 1971 559
- Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Kirchengesetz der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 14. Januar 1970 über die Wahl der Kirchenvorsteher und der Mitglieder der Synode in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 28. Januar 1970. Vom 17. März 1971 559
- Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins betr. Bestätigung des Vertrages der evangelisch-lutherischen Kirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Weltmission und des kirchlichen Weltdienstes vom 14. April 1971. Vom 23. Mai 1971 560

b) Gemeindedienst

c) Personalrecht

- Dienstrecht der Katecheten in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern; hier: Neufassung der Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz vom 28. November 1970. Vom 1. Juni 1971 563
- Gesetz der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate zur Änderung des 1. Gesetzes über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 11. Mai 1964. Vom 7. Juni 1971 564
- Verordnung der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck zur Änderung der Verordnung zur Regelung des Lehrvikariats in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 1. April 1966. Vom 19. Mai 1971 564
- Bekanntmachung der Verordnung der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck zur Regelung des Lehrvikariats vom 1. April 1966. Vom 19. Mai 1971 565

VI. Deutsches Nationalkomitee des Lutherischen Weltbundes

VII. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik

a) Gesetze, Verordnungen und andere Verlautbarungen

b) Personalmeldungen

- Generalsynode, Bischofskonferenz 566

c) Aus den Gliedkirchen

aa) Verfassungs- und Organisationsrecht

- Verordnung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zur Ausführung des Kirchengesetzes über die Bildung der Kirchenvorstände vom 2. November 1970. Vom 11. März 1971 567

bb) Gemeindedienst

cc) Personalrecht

II. Beschlüsse und Verträge

Nr. 46 Entschließung der Generalsynode zum Thema „Menschen heute vor Gott“.

Vom 7. Oktober 1971

Die Generalsynode der Vereinigten Kirche hat auf ihrer Herbsttagung 1971 den Bericht des Leitenden Bischofs und die Erklärung der Bischofskonferenz „Reden von Gott“ zur Kenntnis genommen. Sie bittet die Kirchenleitung den Bericht zu verbreiten.

1. Die im Bericht des Leitenden Bischofs ausgedrückte Sorge über die gegenwärtige Weltsituation hat die Generalsynode in vielfacher Hinsicht bewegt. Sie ist der Überzeugung, daß den Zwängen der Leistungs- und Konsumgesellschaft und der Versuchung, alles für machbar zu halten, widerstanden werden muß. In dieser Situation ist Resignation nicht erlaubt. Die menschliche Vernunft ist zu ihrem eigentlichen, humanen Auftrag zu rufen. Dieser Auftrag fordert von der Gesellschaft und vom einzelnen auch die Bereitschaft, auf Möglichkeiten, die in wissenschaftlicher Erkenntnis und deren technischer Nutzung liegen, zu verzichten. Wir sind überzeugt, daß dieser Auftrag erfüllt werden kann, wenn der Mensch den Sinn seines Lebens nicht bei sich selbst sucht, sondern vom Evangelium bestimmen läßt.

Gerade die Sorge um den Menschen als Person verpflichtet heute die Kirche und die Gemeinden, Schwerpunkte ihrer Arbeit zu verlagern. Es gilt, die unmittelbaren persönlichen Beziehungen wiederzugewinnen, den seelsorgerlichen Auftrag in größerer Breite wahrzunehmen, die Gemeinschaft zwischen Menschen zu fördern und in sorgfältiger Beobachtung neuer Bewegungen suchenden Menschen Hilfe und Wegweisung anzubieten. Die Erfahrung der Kirche seit ihrer Stiftung durch Jesus Christus zeigt, daß Gebet und andere Formen der Frömmigkeit Erfahrungswelten erschließen, in denen Menschen immer wieder Erkenntnis und Kraft gewinnen.

2. Wissenschaften und Technik haben unsere Möglichkeiten in unerhörter Weise erweitert. Als Folgen aber drohen die Gefährdung des Lebens und der Verlust von Freiheit und Sinn unserer Existenz.

Die Generalsynode erhofft, das in Gesprächen zwischen Theologie und anderen Wissenschaften Modelle angeregt werden für eine dem Menschen gerechter werdende Gestaltung der wissenschaftlich-technischen Welt.

3. Es sind keine schlechten Zeiten für die Kirche, wenn ihre Dienste nicht mehr selbstverständlich sind. Die Generalsynode möchte darum ermutigen zu der Erwartung, daß Gott in diesen Zeiten etwas Neues hervorbringen will. Prüfungen haben nach aller Glaubenserfahrung auch Verheißung.

Die Generalsynode bittet alle, die heute im Predigtamt und in anderen Diensten das Evangelium bezeugen, ihres Tuns gewiß zu sein. Sie schließt sich mit ihnen zusammen in dem Bemühen, den Weg gemeinsam zu finden.

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Nr. 47 Entschließung der Generalsynode zum Entwurf einer „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ (Leuenberger Konkordie).

Vom 7. Oktober 1971

Die Generalsynode der Vereinigten Kirche hat den während ihrer Tagung veröffentlichten Entwurf einer „Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa“ in ihre Beratungen einbezogen.

1. Die bereits am 4. Mai 1970 veröffentlichten Thesen zur Kirchengemeinschaft stellen das Ergebnis des lutherisch-reformierten Gesprächs in Deutschland dar. Sie werden als ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Kirchengemeinschaft zwischen lutherischen, reformierten und unierten Kirchen begrüßt. Sie sind als Modell einer theologischen Begründung von Kirchengemeinschaft unter den genannten Kirchen erarbeitet und an die beteiligten Kirchen und Gemeinden weitergegeben.

2. Diese Thesen sind von dem lutherisch-reformierten Gespräch auf europäischer Ebene aufgenommen und weiterbedacht worden. Die Leuenberger Konkordie vom September 1971 stimmt in der zentralen theologischen Aussage mit den Thesen zur Kirchengemeinschaft überein, daß durch die Lehrgespräche ein gemeinsames Verständnis des Evangeliums festgestellt worden sei, das Kirchengemeinschaft ermögliche. Bestimmte Bedenken, die gegen die Thesen zur Kirchengemeinschaft vorgebracht worden sind, konnten in der Leuenberger Konkordie berücksichtigt werden. Die Leuenberger Konkordie ist in ihrem Text ausführlicher und präziser.

Sie vermeidet das Mißverständnis, die traditionellen Lehrunterschiede stellten einander spannungsvoll ergänzende Ausprägungen der einen Wahrheit dar („Komplementaritätstheorie“).

Sie umschreibt zum erstenmal, was unter Kirchengemeinschaft zu verstehen ist (Ziff. 30 bis 34, 37). Sie zeigt die praktischen Konsequenzen auf (Ziff. 35 bis 49). Sie ist auch präziser in ihren Ausführungen über Wort und Sakrament (Ziff. 13 bis 16, 18 bis 20). Sie ist ferner differenzierter im Blick auf die fortbestehenden Unterschiede in der kirchlichen Praxis, z. B. des Gottesdienstes (Ziff. 45). Sie beachtet damit den Praxisaspekt in und neben der theologischen Lehre.

3. Der Entwurf der Leuenberger Konkordie stellt einen beachtlichen Fortschritt gegenüber den Thesen zur Kirchengemeinschaft dar. Wir empfehlen, den Entwurf sofort in die deutschen Verhandlungen um Bekenntnis und Kirchengemeinschaft einzubeziehen, um sicherzustellen, daß die Verhandlungsergebnisse und die Reform der EKD der Intention des Konkordienentwurfes entsprechen.

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Nr. 48 Entschließung der Generalsynode zur Neuordnung der EKD.

Vom 7. Oktober 1971

1. Die Generalsynode stellt dankbar fest, daß es in den verschiedenen Lehrgesprächen zwischen reformierten, lutherischen und unierten Kirchen, insbesondere mit dem Entwurf der Konkordie reformatorischer Kirchen in Europa („Leuenberger Konkordie“), möglich geworden ist, konfessionelle Grenzen weiter abzubauen und gewachsene Gemeinschaft zu vertiefen.
2. Die Generalsynode befürwortet eine Reform der Grundordnung der EKD, die dieser Entwicklung Rechnung trägt.
3. Die Generalsynode bekräftigt ihre Auffassung, daß in der gegenwärtigen Lage Kirchengemeinschaft weder als Nebeneinander in einem Bund getrennter Kirchen, noch als Union verschiedener Bekenntnisse, noch auch als lediglich organisierte Einheit zu verstehen ist. Kirchengemeinschaft soll vielmehr auf Grund der in Jesus Christus gegebenen Einheit immer neu und konkret verwirklicht werden. Dies bezeugen die lutherischen Kirchen auch dadurch, daß sie jedes Glied einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland zum Abendmahl gemäß den eigenen Ordnungen uneingeschränkt zulassen.
4. Die Generalsynode sieht in dieser Gemeinschaft vor allem eine theologische und geistliche Aufgabe. Darum sollten institutionelle und organisatorische Elemente nicht überbetont werden, da sie die innere Gemeinschaft nicht ersetzen und sogar neue Schranken aufrichten können.
5. Der Planungsausschuß wird beauftragt, nach Veröffentlichung eines Entwurfes für die neue Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland die Gliedkirchen zu konsultieren, eine Stellungnahme zu erarbeiten und der Kirchenleitung sowie der Generalsynode vorzulegen.

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Nr. 49 Entschließung der Generalsynode zur „Gemeinsamen theologischen Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit“.

Vom 7. Oktober 1971

Die Generalsynode hat von der Veröffentlichung der Gemeinsamen theologischen Erklärung zu den Herausforderungen der Zeit Kenntnis genommen. Sie begrüßt, daß diese Erklärung in einer Kommission durch eine Zusammenarbeit von lutherischen, reformierten und unierten Mitgliedern zustande gekommen ist. Sie sieht darin einen gemeinsamen Anfang, für die theologischen Auseinandersetzungen mit den Herausforderungen der Zeit eine Orientierungshilfe zu bieten. Die Synode bittet die Gemeinden, sie in diesem Sinne zu verstehen.

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Nr. 50 Entschließung der Generalsynode zu einer zeitgerechten Seelsorge.

Vom 7. Oktober 1971

Die Generalsynode der Vereinigten Kirche hat den Bericht des Ausschusses für Gemeindeaufbau und Kirchenreform zu den beiden Themen der Reform des Kirchenkreises sowie der Förderung einer zeitgerechten Seelsorge entgegengenommen. Die Ausarbeitungen zur verfassungsrechtlichen Lage im Kirchenkreis sollen den Gliedkirchen zur Verfügung gestellt werden. Der Ausschuß für Gemeindeaufbau und Kirchenreform wird beauftragt, im Sinne seines schriftlich und mündlich vorgelegten Berichtes weiterzuarbeiten und der Generalsynode über den Fortgang der Arbeit zu berichten.

Auf folgende Gesichtspunkte wird besonders hingewiesen:

1. Seelsorgerlicher Dienst und psychoanalytisches Denken sind gleichermaßen auf den einen wirklichen Menschen bezogen, aber sie sind richtungsverschieden.
2. Religiöses Bewußtsein und theologisches Denken geben dem Menschen die Möglichkeit, sich selbst als Ganzes sowohl als Subjekt wie auch als Objekt aufzufassen. Religiöses Bewußtsein und damit auch theologisches Denken sind also nicht Überbleibsel einer vergangenen Welt, sondern bleibender Bestandteil menschlicher Wirklichkeit.
3. Psychotherapie und Seelsorge müssen beide in Theorie und Praxis um des ganzen Menschen willen in wechselseitiger Beziehung bleiben.
4. Das Verständnis des kirchlichen Auftrages sowie des pfarramtlichen Dienstes muß von der Seelsorge her weiter bedacht werden.
5. Die Anregungen des Ausschusses, den kirchlichen Dienst im Krankenhaus zu verstärken und zu vertiefen, sollen an die Gliedkirchen weitergeleitet werden.
6. Die Kirchenleitung wird gebeten, den Fragen der Seelsorge im Kur- und Freizeitbereich besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Nr. 51 Beschluß der Generalsynode und der Bischofskonferenz zur weiteren Behandlung von Agende II.

Vom 7. Oktober 1971

Generalsynode und Bischofskonferenz der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands haben beschlossen:

Die Agende für Evangelisch-Lutherische Kirchen und Gemeinden — Zweiter Band (Gebetsgottesdienste) —, im Jahre 1960 auf Grund einer Ermächtigung der Gene-

ralsynode als Entwurf zu einer zehnjährigen Erprobung freigegeben, ist als eine Hilfe für Gemeinde-Gruppen, Kommunitäten und Tagungsteilnehmer zu verstehen, Gebetsgottesdienste zu gestalten. Der Gebrauch bleibt auch weiterhin in das freie Ermessen der Gemeinden gestellt. Agende II wird nicht förmlich eingeführt.

Von einer Überarbeitung von Agende II im ganzen wird Abstand genommen. Die Kirchenleitung wird gebeten zu veranlassen, daß einzelne Formulare überarbeitet und den Gemeinden gesondert angeboten werden. Dabei ist vornehmlich an die Ordnungen für die Christvesper, die Passionsandachten und die Osternachtfeier gedacht. Der Überarbeitung bedürfen besonders Sprache und Stil der Gebete

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Leitende Bischof	Der Präsident der Generalsynode
D. Wölber	Buhbe

Nr. 52 Beschluß der Generalsynode über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1972.

Vom 6. Oktober 1971

Auf Grund von Artikel 17 der Verfassung hat die Generalsynode beschlossen:

I.

Für das Rechnungsjahr 1972 (1. Januar 1972 bis 31. Dezember 1972) gilt der als Anlage I beigefügte Haushalts- und Stellenplan.

II.

Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe mit 3 576 900,— DM festgestellt.

III.

1. Die Ansätze des Haushaltsplanes innerhalb der einzelnen Ausgabekapitel sind — mit Ausnahme der Titel 50 und 51 in Kapitel 5 und 80 in Kapitel 8 — gegenseitig deckungsfähig. Nicht gegenseitig deckungsfähig sind jedoch Personal- und Sachausgaben.
2. Die Überschreitung von Ausgabekapiteln bedarf eines zustimmenden Beschlusses der Kirchenleitung. Außerplanmäßige Ausgaben bedürfen außerdem der Zustimmung des Finanzausschusses.

Eine genehmigungspflichtige Überschreitung liegt nicht vor, wenn

- a) ein Ausgleich aus Kapitel 8 Titel 82 „Verstärkungsmittel“ vorgenommen wird,
- b) Mehreinnahmen aus Kollekten zum Ausgleich von Überschreitungen in den Kapiteln 6 und 7 verwendet werden,

c) die Kirchenleitung — gegebenenfalls im schriftlichen Verfahren — einer einseitigen Deckungsfähigkeit von Kapitel zu Kapitel zustimmt; Ziff. 1 Satz 2 bleibt unberührt. Ein dahingehender Beschluß ist dem Finanzausschuß der Generalsynode anzuzeigen.

d) Ausgaben in den Titeln 20 bis 23, 30 bis 32, 50 und 54 auftreten, die auf rechtlichen Verpflichtungen nach Vorschriften des Staates oder der Vereinigten Kirche beruhen; solche Überschreitungen sind der Kirchenleitung anzuzeigen.

3. Die Erteilung von Forschungsaufträgen nach Kapitel 5 Titel 56 Untertitel 560 bedarf der Einwilligung des Finanzausschusses.

4. Überschüsse, die sich beim Abschluß des Rechnungsjahres ergeben, sind zur Verstärkung der allgemeinen Ausgleichsrücklage zu verwenden, soweit nicht der Finanzausschuß eine andere Verwendung beschließt.

IV.

1. Der durch Umlage der Gliedkirchen aufzubringende Finanzbedarf beträgt im Rechnungsjahr 1972 für den Haushaltsplan 3 407 600,— DM. Diesen Finanzbedarf bringen die Gliedkirchen nach dem anliegenden Umlageverteilungsschlüssel auf (siehe Anlage II).

2. Der durch Umlagen aufzubringende Betrag ist von den Gliedkirchen monatlich im voraus oder in vier gleichen Teilbeträgen vierteljährlich im voraus an das Lutherische Kirchenamt zu zahlen.

V.

Zur Förderung der in den Kapiteln 5 bis 7 des Haushaltsplanes bezeichneten Aufgaben wird eine spezifizierte Kollekte für die innerkirchlichen Aufgaben der Vereinigten Kirche ausgeschrieben. Sie ist in allen Gliedkirchen einzusammeln.

VI.

Der Haushaltsplan gilt gemäß Art. 17 Abs. 1 der Verfassung über das Rechnungsjahr 1972 hinaus bis zur Festsetzung eines neuen Haushaltsplanes.

VII.

1. Die Kirchenleitung wird ermächtigt, für unvorhergesehene Ausgaben, die auf rechtlichen Verpflichtungen beruhen und nicht aus dem Haushaltsplan gedeckt werden können, mit Zustimmung des Finanzausschusses einen Nachtragshaushaltsplan zu beschließen.

2. Die Aufnahme von Kassenkrediten von insgesamt bis zu 250 000,— DM, die aus Mitteln des laufenden Rechnungsjahres abgedeckt werden können, ist dem Lutherischen Kirchenamt gestattet; bei einer höheren Summe bedarf es eines Beschlusses der Kirchenleitung. Die Aufnahme von Anleihen bedarf der vorherigen Zustimmung des Finanzausschusses der Generalsynode.

Osnabrück, den 6. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode
Buhbe

Haushaltsplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1972

Einnahmen

Einnahmen	Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
	DM	DM	DM	DM	DM
Kapitel 01 Vermögenserträge	600,—	715,92	600,—	600,—	—,—
Kapitel 02 Umlagen	2 455 700,—	2 455 700,—	2 699 470,—	3 407 600,—	+ 708 130,—
Kapitel 03 Kollekten	150 000,—	157 493,56	150 000,—	155 000,—	+ 5 000,—
Kapitel 04 Mietwohnungen	25 000,—	22 653,—	25 000,—	7 000,—	— 18 000,—
Kapitel 06 Verschiedenes	6 000,—	83 032,86	6 000,—	6 700,—	+ 700,—
	<u>2 637 300,—</u>	<u>2 719 595,34</u>	<u>2 881 070,—</u>	<u>3 576 900,—</u>	<u>+ 695 830,—</u>

Ausgaben

Ausgaben	Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
	DM	DM	DM	DM	DM
Kapitel 1	81 000,—	76 884,26	81 000,—	97 000,—	+ 16 000,—
Kapitel 2	875 000,—	944 161,56	1 111 900,—	1 482 000,—	+ 370 100,—
Kapitel 3	225 800,—	219 664,65	160 000,—	243 000,—	+ 83 000,—
Kapitel 4	74 500,—	62 816,19	79 500,—	79 000,—	— 500,—
Kapitel 5	811 000,—	798 495,12	840 170,—	962 900,—	+ 122 730,—
Kapitel 6	247 000,—	246 997,36	254 000,—	282 000,—	+ 28 000,—
Kapitel 7	252 000,—	251 117,78	282 000,—	284 000,—	+ 2 000,—
Kapitel 8	71 000,—	63 398,73	72 500,—	147 000,—	+ 74 500,—
	<u>2 637 300,—</u>	<u>2 663 535,65</u>	<u>2 881 070,—</u>	<u>3 576 900,—</u>	<u>+ 695 830,—</u>

Einnahmen	Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
	DM	DM	DM	DM	DM
Kapitel 01 Vermögenserträge					
010 Zinsen	600,—	715,12	600,—	600,—	—,—
Kapitel 02 Umlagen	2 455 700,—	2 455 700,—	2 699 470,—	3 407 600,—	+ 708 130,—
Kapitel 03 Kollekten	150 000,—	157 493,56	150 000,—	155 000,—	+ 5 000,—
Kapitel 04 Mietwohnungen					
041 Mieten	25 000,—	22 653,—	25 000,—	7 000,—	— 18 000,—
Kapitel 06 Verschiedenes					
061 Sonstige Einnahmen	6 000,—	11 253,28	6 000,—	6 000,—	—,—
062 Entnahmen aus Rücklagen	—,—	56 387,16	—,—	—,—	—,—
063 Sonstige Einnahmen Berlin	—,—	692,42	—,—	700,—	+ 700,—
064 Entnahme aus Rücklage Berlin	—,—	14 700,—	—,—	—,—	—,—
	<u>2 637 300,—</u>	<u>2 719 595,34</u>	<u>2 881 070,—</u>	<u>3 576 900,—</u>	<u>+ 695 830,—</u>
Ausgaben					
Kapitel 1 Leitende Organe					
Titel 10 Leitender Bischof					
100 Reisekosten	5 000,—	1 915,15	4 000,—	4 000,—	—,—
101 Repräsentationsausgaben	2 000,—	1 441,56	2 000,—	2 000,—	—,—
Titel 11 Bischofskonferenz	3 000,—	591,50	4 000,—	8 000,—	+ 4 000,—
Titel 12 Generalsynode	65 000,—	62 628,17	65 000,—	70 000,—	+ 5 000,—
Titel 13 Kirchenleitung	6 000,—	10 307,18	6 000,—	13 000,—	+ 7 000,—
	<u>81 000,—</u>	<u>76 884,26</u>	<u>81 000,—</u>	<u>97 000,—</u>	<u>+ 16 000,—</u>
Kapitel 2 Lutherisches Kirchenamt Hannover					
Titel 20 Besoldung der Referenten und Beamten					
200 Besoldung der Referenten und Beamten	350 000,—	388 911,46	435 000,—	554 100,—	+ 119 100,—
Titel 21 Vergütung der Angestellten und Arbeiter					
210 Vergütung der Angestellten und Arbeiter	308 000,—	312 147,52	345 000,—	496 600,—	+ 151 600,—
Titel 22 Versorgung					
220 Versorgung der Beamten	30 000,—	30 000,—	38 700,—	45 600,—	+ 6 900,—
221 Versorgungskassenbeiträge (Pfarrer)	—,—	—,—	13 000,—	32 000,—	+ 19 000,—
222 Versorgungskassenbeiträge (Beamte) 2. Halbjahr 1972	—,—	—,—	10 000,—	34 200,—	+ 24 200,—
223 Zusatzversorgungskasse für Angestellte	17 000,—	17 019,16	17 000,—	21 500,—	+ 4 500,—
Titel 23 Fürsorgemaßnahmen					
230 Beihilfen und Unterstützungen	20 000,—	12 379,—	20 000,—	20 000,—	—,—
231 Wohnungsfürsorge	—,—	—,—	15 000,—	15 000,—	—,—
Übertrag:	<u>725 000,—</u>	<u>760 457,14</u>	<u>893 700,—</u>	<u>1 219 000,—</u>	<u>+ 325 300,—</u>

Ausgaben		Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
		DM	DM	DM	DM	DM
Übertrag:		725 000,—	760 457,14	893 700,—	1 219 000,—	+ 325 300,—
Titel 24	Reise- und Umzugskosten					
240	Reisekosten Inland	35 000,—	30 671,07	35 000,—	35 000,—	—,—
241	Reisekosten Ausland	10 000,—	9 963,74	10 000,—	11 000,—	+ 1 000,—
242	Umzugskosten (früher mit in 290) . .	—,—	—,—	—,—	6 000,—	+ 6 000,—
243	Dienstkraftwagen	5 000,—	4 787,67	5 000,—	7 000,—	+ 2 000,—
Titel 25	Geschäftsbedürfnisse					
250	Bürobedarf					
2501	Bürobedarf, allgemein	10 000,—	10 906,43	10 000,—	13 000,—	+ 3 000,—
2502	Rank Xerox (bisher Titel 27)	—,—	—,—	—,—	27 500,—	+ 27 500,—
251	Porto, Fracht	10 000,—	9 808,83	10 000,—	15 500,—	+ 5 500,—
252	Telefon, Fernschreiber	17 000,—	21 982,91	19 000,—	25 500,—	+ 6 500,—
253	Bücher, Zeitschriften	10 000,—	10 493,25	10 000,—	13 000,—	+ 3 000,—
Titel 26	Dienstgebäude und Inventar					
260	Heizungs- und Grundstückskosten .	17 000,—	16 998,07	17 000,—	23 000,—	+ 6 000,—
261	Tilgungsrücklage und Zinsen für Richard-Wagner-Str. 24	—,—	—,—	30 000,—	30 000,—	—,—
262	Bauunterhaltung	6 000,—	7 887,76	10 000,—	18 500,—	+ 8 500,—
263	Inventarbeschaffung	12 000,—	13 753,92	15 000,—	21 000,—	+ 6 000,—
264	Inventar-Wartung und Reparatur . .	—,—	—,—	—,—	5 000,—	+ 5 000,—
Titel 27	Elektronische Datenverarbeitung . .	5 000,—	17 897,80	30 000,—	500,—	— 29 500,—
Titel 28	Verfügungsfonds des Leiters	1 000,—	989,78	1 200,—	1 500,—	+ 300,—
Titel 29	Sonstiges					
290	Verschiedene Ausgaben	12 000,—	27 563,19	13 000,—	7 000,—	— 6 000,—
291	Repräsentationskosten	—,—	—,—	3 000,—	3 000,—	—,—
		875 000,—	944 161,56	1 111 900,—	1 482 000,—	+ 370 100,—

Kapitel 3 Berliner Stelle

Titel 30	Besoldung und Versorgung des (der) Referenten					
300	Besoldung	80 000,—	60 842,53	43 000,—	52 200,—	+ 9 200,—
			(Halbjahres-Ist 1971 23 142,68)			
301	Versorgungskassenbeitrag (2. Halbjahr 1972)	—,—	—,—	—,—	5 700,—	+ 5 700,—
Titel 31	Vergütung der Angestellten und Arbeiter	96 000,—	94 630,96	79 000,—	131 800,—	+ 52 800,—
			(Halbjahres-Ist 1971 50 052,58)			
Titel 32	Beihilfen und Unterstützungen . . .	3 000,—	3 776,—	2 000,—	2 500,—	+ 500,—
Übertrag:		179 000,—	159 249,49	124 000,—	192 200,—	+ 68 200,—

Ausgaben		Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich
		DM	DM	DM	DM	zum Soll 1971 DM
Übertrag:		179 000,—	159 249,49	124 000,—	192 200,—	+ 68 200,—
Titel 33	Reisedienst					
330	Laufende Kosten (einschl. Unterhaltung des Dienstwagens)	8 000,—	8 949,68	4 000,—	7 500,—	+ 3 500,—
331	Dienstwagenrücklage	—,—	—,—	—,—	3 000,—	+ 3 000,—
Titel 34	Geschäftsbedürfnisse					
340	Bürobedarf und Inventar	6 000,—	2 366,90	4 000,—	5 500,—	+ 1 500,—
341	Porto, Fracht	7 000,—	6 470,25	2 500,—	3 500,—	+ 1 000,—
342	Telefon			2 500,—	3 500,—	+ 1 000,—
343	Bücher und Zeitschriften	1 500,—	1 987,17	1 500,—	1 500,—	—,—
Titel 35	Dienstgebäude (Bewirtschaftung) . .	9 000,—	9 400,17	8 000,—	9 000,—	+ 1 000,—
Titel 36	Gebäude Clay-Allee, Terrassenstraße (Wangenheimstraße), — Bauunterhaltung —	12 000,—	21 882,47	12 000,—	14 000,—	+ 2 000,—
Titel 37	Verschiedene Ausgaben	2 500,—	8 560,97	1 500,—	2 500,—	+ 1 000,—
Titel 38	Betreuung ökumenischer Gäste . . .	800,—	797,55	—,—	800,—	+ 800,—
		<u>225 800,—</u>	<u>219 664,65</u>	<u>160 000,—</u>	<u>243 000,—</u>	<u>+ 83 000,—</u>
Kapitel 4 Einrichtungen						
Titel 40	Ausschüsse	60 000,—	52 487,90	65 000,—	65 000,—	—,—
Titel 41	Beauftragte	8 000,—	6 017,99	6 000,—	6 500,—	+ 500,—
Titel 42	Verf.- und Verwaltungsgericht . . .	3 000,—	4 071,12	4 000,—	4 000,—	—,—
Titel 43	Senat für Amtszucht	3 000,—	239,18	4 000,—	3 000,—	— 1 000,—
Titel 44	Spruchorgane	500,—	—,—	500,—	500,—	—,—
		<u>74 500,—</u>	<u>62 816,19</u>	<u>79 500,—</u>	<u>79 000,—</u>	<u>— 500,—</u>
Kapitel 5 Innerkirchliche Arbeit						
Titel 50	Prediger- u. Studienseminar Pullach	262 000,—	262 000,—	276 170,—	320 500,—	+ 44 330,—
Titel 51	Sonstige Ausbildungsstätten	137 500,—	137 500,—	137 500,—	137 500,—	—,—
Titel 52	Pastoralkolleg	15 000,—	12 971,46	16 000,—	20 000,—	+ 4 000,—
Titel 53	Fachtagungen	20 000,—	19 234,07	6 000,—	6 000,—	—,—
Titel 54	Handreichungen					
540	Katechismuskommission					
5401	Personalkosten	35 000,—	27 014,69	42 000,—	46 900,—	+ 4 900,—
5402	Reisekosten	8 000,—	25 044,96	7 000,—	10 000,—	+ 3 000,—
5403	Sachkosten			6 000,—	7 000,—	+ 1 000,—
541	Sonstige Handreichungen	7 000,—		8 000,—	8 000,—	—,—
Übertrag:		484 500,—	483 765,18	498 670,—	555 900,—	+ 57 230,—

Ausgaben		Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
		DM	DM	DM	DM	DM
Übertrag:		484 500,—	483 765,18	498 670,—	555 900,—	+ 57 230,—
Titel 55	Publizistische Arbeit					
550	Zuschuß Lutherische Monatshefte . . .	136 000,—	136 000,—	136 000,—	174 000,—	+ 38 000,—
551	Informationen, Öffentlichkeitsarbeit . .	30 000,—	11 390,84	30 000,—	30 000,—	—,—
552	Amtliche Veröffentlichungen	30 000,—	66 912,67	30 000,—	46 000,—	+ 16 000,—
Titel 56	Forschung und Literatur					
560	Theologische Forschung	—,—	—,—	50 000,—	63 000,—	+ 13 000,—
561	Kirchenrechtl. Forschung und Studienkurse	10 000,—	1 750,45	10 000,—	10 000,—	—,—
562	Druckkostenzuschüsse					
5620	Monographienreihe	7 500,—	7 500,—	7 500,—	7 500,—	—,—
5621	Fortsetzungswerke und Einzelveröffentlichungen	15 000,—	6 800,—	15 000,—	12 500,—	— 2 500,—
563	Zeitschriften	30 000,—	20 000,—	—,—	—,—	—,—
564	Sonstige Literaturhilfen	25 000,—	24 675,98	25 000,—	25 000,—	—,—
Titel 57	Kirchliche Einrichtungen					
570	Luthergesellschaft	14 000,—	13 500,—	14 000,—	15 000,—	+ 1 000,—
571	Rundfunkdienst	8 000,—	8 000,—	8 000,—	8 000,—	—,—
572	Studienwerk Villigst	5 000,—	—,—	—,—	—,—	—,—
573	Auswanderer-Mission Hamburg . . .	6 000,—	6 000,—	6 000,—	6 000,—	—,—
574	Andere Einrichtungen	10 000,—	12 200,—	10 000,—	10 000,—	—,—
		811 000,—	798 495,12	840 170,—	962 900,—	+ 122 730,—
Kapitel 6 Ökumenische und Diasporaarbeit						
Titel 60	Leistungen an vertraglich verbun- dene Gemeinden und Kirchen im Ausland	40 000,—	39 426,10	42 000,—	55 000,—	+ 13 000,—
Titel 61	Diaspora	75 000,—	75 945,—	75 000,—	75 000,—	—,—
Titel 62	Literaturhilfen					
620	Weihnachtsversand	60 000,—	65 852,82	65 000,—	70 000,—	+ 5 000,—
621	Zeitschriftenversand	30 000,—	28 633,60	30 000,—	38 000,—	+ 8 000,—
622	Agendarische und sonstige Spezialliteratur	5 000,—	5 647,30	5 000,—	5 000,—	—,—
Titel 63	Besuchsdienst	8 000,—	4 132,77	8 000,—	7 000,—	— 1 000,—
Titel 64	Auswandererbegleitung und Schiffsggeistlichendienst	10 000,—	8 136,02	10 000,—	10 000,—	—,—
Titel 65	Ökumenische Studienarbeit	4 000,—	2 620,23	4 000,—	4 000,—	—,—
Titel 66	Sonstige Beihilfen	15 000,—	16 603,52	15 000,—	18 000,—	+ 3 000,—
		247 000,—	246 997,36	254 000,—	282 000,—	+ 28 000,—

Ausgaben		Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
		DM	DM	DM	DM	DM
Kapitel 7 Zwischenkirchliche Beziehungen und Mission						
Titel 70	Zuschüsse an luth. kirchl. Zusammenschlüsse und Kirchen in Übersee					
700	Australien	20 000,—	20 000,—	5 000,—	5 000,—	—,—
701	Indien	10 000,—	10 000,—	10 000,—	10 000,—	—,—
702	Japan	10 000,—	10 000,—	10 000,—	10 000,—	—,—
703	Lateinamerika	5 000,—	5 002,—	20 000,—	20 000,—	—,—
704	Südafrika	10 000,—	10 000,—	40 000,—	40 000,—	—,—
705	Tanzania	100 000,—	100 000,—	100 000,—	100 000,—	—,—
Titel 71	Tanzania Assistance Committee . . .	30 000,—	30 000,—	30 000,—	30 000,—	—,—
Titel 72	Literaturhilfen für theol. Ausbildungsstätten	5 000,—	5 417,66	5 000,—	6 000,—	+ 1 000,—
Titel 73	Skandinavien	5 000,—	5 061,65	5 000,—	6 000,—	+ 1 000,—
Titel 74	Stipendien und Studienförderung . .	15 000,—	14 054,18	15 000,—	15 000,—	—,—
Titel 75	Informationsmaterial für Gemeinden	7 000,—	6 640,60	7 000,—	7 000,—	—,—
Titel 76	Weltmission Einzelaufgaben	35 000,—	34 941,69	35 000,—	35 000,—	—,—
		<u>252 000,—</u>	<u>251 117,78</u>	<u>282 000,—</u>	<u>284 000,—</u>	<u>+ 2 000,—</u>
Kapitel 8 Sonstige Ausgaben und zum Ausgleich						
Titel 80	Unterstützungen in Notfällen	10 000,—	1 100,—	5 000,—	11 000,—	+ 6 000,—
Titel 81	Vermischte Ausgaben	20 000,—	56 298,73	20 000,—	15 000,—	— 5 000,—
Titel 82	Verstärkungsmittel	35 000,—	—,—	40 000,—	35 000,—	— 5 000,—
Titel 83	Rücklage Dienstwagen	5 000,—	5 000,—	5 000,—	3 500,—	— 1 500,—
Titel 84	Rechnungsprüfung	1 000,—	1 000,—	2 500,—	2 500,—	—,—
Titel 85	Rücklage	—,—	—,—	—,—	—,—	—,—
Titel 86	Zu übersehender Fehlbedarf in 1971 in den Titeln 20 u. 21 = 45 000,— DM in den Titeln 30 u. 31 = 35 000,— DM	—,—	—,—	—,—	80 000,—	+ 80 000,—
		<u>71 000,—</u>	<u>63 398,73</u>	<u>72 500,—</u>	<u>147 000,—</u>	<u>+ 74 500,—</u>

Stellenplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands

Lutherisches Kirchenamt			
1972	1971		
1	1	Präsident	B 5
1	1	Vizepräsident	B 3
5	3	Referenten	A 16
—	2	Referenten	A 15
3	—	Referenten	A 14
—	2	Referenten	A 13/14
—	1	Referent	A 13
1	—	Büroleiter	A 13
—	1	Büroleiter	A 12
1	—	Bürobeamter	A 11
—	1	Bürobeamter	A 10
3	3	Angestellte	BAT V c
2	2	Angestellte	BAT VI b/V c
3	3	Angestellte	BAT VI b
11	11	Angestellte	BAT VII/VI b
6	6	Angestellte	BAT VIII/VII

Über die Eingruppierung im Einzelfall wird gesondert entschieden.

Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands im Rechnungsjahr 1972

Gliedkirche	% nach EKD- Schlüssel 1971	1971 DM	% nach EKD- Schlüssel 1972	1972 DM	% der Gesamt- umlage 1972
Bayern	11,70 %	964 391,—	10,48 %	1 158 720,—	34,004 %
Braunschweig	1,39 %	114 573,—	1,48 %	163 633,—	4,802 %
Eutin	0,18 %	14 837,—	0,16 %	17 686,—	0,519 %
Hamburg	3,91 %	322 288,—	2,86 %	316 225,—	9,280 %
Hannover	8,00 %	659 412,—	8,42 %	930 922,—	27,319 %
Lübeck	0,49 %	40 389,—	0,47 %	51 966,—	1,525 %
Schaumburg-Lippe	0,10 %	8 243,—	0,13 %	14 380,—	0,422 %
Schleswig-Holstein	6,98 %	575 337,—	6,82 %	754 068,—	22,129 %
	32,75 %	2 699 470,—	30,82 %	3 407 600,—	100,000 %

Nr. 53 Beschluß der Generalsynode über den Haushalts- und Stellenplan des Prediger- und Studienseminars Pullach für das Rechnungsjahr 1972.

Vom 6. Oktober 1971

Auf Grund von § 6 des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 9. Oktober 1959 (Abl. Bd. I S. 169) in Verbindung mit Artikel 17 der Verfassung der Vereinigten Kirche hat die Generalsynode beschlossen:

I.

Für das Rechnungsjahr 1972 (1. Januar 1972 bis

31. Dezember 1972) gilt der als Anlage beigefügte Haushalts- und Stellenplan.

II.

Der Haushaltsplan wird in Einnahme und Ausgabe mit 346 000,— DM festgestellt.

III.

Die Abschnitte III, VI und VII des Beschlusses über den Haushaltsplan und die Umlage der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands für das Rechnungsjahr 1972 gelten entsprechend.

Osnabrück, den 6. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Haushaltsplan des Prediger- und Studienseminars der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands in Pullach für das Rechnungsjahr 1972

(Anhang zum ordentlichen Haushaltsplan der Vereinigten Kirche gemäß § 6 des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der VELKD vom 9. Oktober 1959 — Abl. Bd. I S. 169)

Einnahmen	Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
	DM	DM	DM	DM	DM
5001 Einnahmen des Seminars	22 600,—	25 249,03	23 000,—	25 000,—	+ 2 000,—
5002 Sonstige Einnahmen	400,—	702,09	300,—	500,—	+ 200,—
5003 Zuschuß aus dem Gesamthaushalt der VELKD	262 000,—	262 000,—	276 170,—	320 500,—	+ 44 330,—
	285 000,—	287 951,12	299 470,—	346 000,—	+ 46 530,—
Ausgaben					
501 Persönliche Kosten					
5010 Bezüge der hauptamtl. Lehrkräfte	73 250,—	70 174,35	80 000,—	86 800,—	+ 6 800,—
5011 Vergütung für nebenamtl. Lehrkräfte	12 000,—	11 025,—	12 000,—	12 500,—	+ 500,—
5012 Vergütung der Angestellten und Löhne der Arbeiter	82 580,—	88 401,52	90 000,—	118 300,—	+ 28 300,—
5013 Beihilfen	2 000,—	2 093,—	2 000,—	3 000,—	+ 1 000,—
5014 Verfügungsfonds des Rektors	300,—	297,75	300,—	300,—	—,—
502 Sächliche Kosten					
5020 Bauunterhaltung	12 000,—	12 000,—	12 000,—	12 000,—	—,—
5021 Grundstücksbewirtschaftung	28 040,—	27 025,30	28 040,—	31 000,—	+ 2 960,—
5022 Inventar	5 000,—	4 824,95	5 000,—	5 500,—	+ 500,—
5023 Bürobedarf	1 200,—	1 160,28	1 200,—	1 500,—	+ 300,—
5024 Porto, Telefon	5 100,—	5 861,16	5 100,—	6 800,—	+ 1 700,—
5025 Bücher und Zeitschriften	10 000,—	10 000,—	10 000,—	13 000,—	+ 3 000,—
5026 Reisekosten und Studienfahrten	8 400,—	7 343,35	8 400,—	10 000,—	+ 1 600,—
5027 Dienstwagen	1 500,—	1 220,91	1 500,—	1 500,—	—,—
Übertrag:	241 370,—	241 427,57	255 540,—	302 200,—	+ 46 660,—

Ausgaben	Soll 1970	Ist 1970	Soll 1971	Soll 1972	Vergleich zum Soll 1971
	DM	DM	DM	DM	DM
Übertrag:	241 370,—	241 427,57	255 540,—	302 200,—	+ 46 660,—
5028 An- und Abreise von Teilnehmern und Referenten	2 300,—	1 889,20	2 300,—	3 500,—	+ 1 200,—
503 Wirtschaftsführung					
5030 Verpflegungskosten für Teilnehmer und Gäste	30 930,—	24 729,59	30 930,—	30 900,—	— 30,—
504 Sonstige Ausgaben					
5040 Rücklage für Dienstwagen	2 000,—	2 000,—	2 000,—	2 000,—	—,—
5041 Rechnungsprüfung	400,—	8,50	400,—	400,—	—,—
5042 Unvorhergesehenes und zum Ausgleich	8 000,—	2 893,65	8 000,—	7 000,—	— 1 000,—
	<u>285 000,—</u>	<u>272 948,51</u>	<u>299 170,—</u>	<u>346 000,—</u>	<u>+ 46 830,—</u>

Stellenplan des Prediger- und Studienseminars in Pullach

1972	1971		
1	—	Rektor	A 16
—	1	Rektor	A 15 (Stelleninhaber erhält für seine Person Bezüge nach A 16)
1	—	Studieninspektor	A 14
—	1	Studieninspektor	A 13/14
1	—	Wirtschaftsleiterin	BAT VII/VI b
—	1	Wirtschaftsleiterin	freier Vertrag (angelehnt BAT VI b)
1	—	Sekretärin (Diakonisse)	BAT VII/VI b
—	1	Sekretärin (Diakonisse)	(Diakonisse)
1	—	Hausmeister	BAT VIII/VII
—	1	Hausmeister	BAT VII
4	—	Hausangestellte	BAT X/VIII
—	4	Hausangestellte	freier Vertrag
1	—	Praktikantin	MTB VIII
—	1	Praktikantin	freier Vertrag

Über die Eingruppierung im Einzelfall wird gesondert entschieden.

Nr. 54 Beschluß der Generalsynode über den außerordentlichen Haushaltsplan der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands.

Vom 6. Oktober 1971

Auf Grund von Artikel 17 der Verfassung hat die Generalsynode beschlossen:

1. Der außerordentliche Haushaltsplan für das Rech-

nungsjahr 1971 wird in Einnahme und Ausgabe mit 475 000,— DM festgestellt.

2. Die Einnahme (der Erlös des Hauses Wangenheimstraße) fließt der Rücklage, Kapitel 8, zu.

Osnabrück, den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

Buhbe

Außerordentlicher Haushaltsplan der VELKD für das Rechnungsjahr 1971

Einnahmen		Soll DM
Kapitel 01	Aus Grundstücksverkauf	<u>475 000,—</u>
Ausgaben		Soll DM
Kapitel 8	Zuführung an Rücklage	<u>475 000,—</u>

Nr. 55. Beschluß der Generalsynode zu Haushaltsfragen.

Vom 6. Oktober 1971

Auf Grund von Artikel 17 der Verfassung, sowie des Kirchengesetzes über das Prediger- und Studienseminar der Vereinigten Kirche vom 9. Oktober 1959 wird beschlossen:

1. Dem Lutherischen Kirchenamt wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung im Rechnungsjahr 1970 Entlastung erteilt.
2. Dem Lutherischen Kirchenamt wird hinsichtlich der

Jahresrechnung 1970 für den außerordentlichen Haushaltsplan Entlastung erteilt.

3. Dem Lutherischen Kirchenamt und dem Rektor des Prediger- und Studienseminars Pullach wird hinsichtlich der Haushaltsführung, Rechnungslegung und Kassenführung für das Prediger- und Studienseminar Pullach im Rechnungsjahr 1970 Entlastung erteilt.

O s n a b r ü c k , den 7. Oktober 1971

Der Präsident der Generalsynode

B u h b e

III. Mitteilungen

Nr. 56 Organe und Amtsstellen.

Diesem Stück des Amtsblattes liegt die Ausgabe

Organe/Amtsstellen und Gliederung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und ihrer Gliedkirchen nach dem Stand vom 1. Juli 1971 bei.

IV. Personalmeldungen

Generalsynode

Finanzausschuß:

Auf der 6. Tagung der 4. Generalsynode wurde Propst Erich Warmers, Salzgitter-Bad, für den ausgeschiedenen Synodalen Propst Alfred Cieslar in den Finanzausschuß gewählt.

Ausschuß für Gemeindeaufbau und Kirchenreform:

Auf der 6. Tagung der 4. Generalsynode wurden Frau Dr. Hedwig Sturm, Hamburg, anstelle des durch seine Wahl in die Kirchenleitung aus dem Ausschuß ausgeschiedenen Synodalen Dr. Paulsen und Landessuperintendent Dr. Martin Kruse, Stade, anstelle des ausgeschiedenen Propstes Schwennen in den Ausschuß für Gemeindeaufbau und Kirchenreform gewählt.

Nominierungsausschuß:

Auf der 6. Tagung der 4. Generalsynode wurde Rektor Neukamm, Rummelsberg, für den ausgeschie-

denen Synodalen Propst Alfred Cieslar in den Nominierungsausschuß gewählt.

Senat für Lehrfragen:

Auf der 6. Tagung der 4. Generalsynode wurde Professor Dr. Dr. Wenzel Lohff, Hamburg, als Vertreter des Mitgliedes im akademischen Lehramt und Frau Liselotte Nold, Stein b. Nürnberg, als Vertreter des Mitgliedes weltlichen Standes in den Senat für Lehrfragen gewählt.

Bischofskonferenz

Die Bischofskonferenz hat am 2. November 1971 Bischof Dr. Friedrich Hübner, Kiel, als Vertreter des Mitgliedes der Bischofskonferenz gewählt.

Spruchkollegium

Auf der 6. Tagung der 4. Generalsynode wurde Regierungsdirektor Hans-Helmut Reese, Bückeberg, als Vertreter des Mitgliedes mit der Befähigung zum Richteramt in das Spruchkollegium gewählt.

V. Aus den Gliedkirchen

a) Verfassungs- und Organisationsrecht

Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern über die Beauftragung von Gemeindegliedern zum Predigtamt und zur Sakramentsverwaltung vom 19. März 1971; hier: Ausführungsbestimmungen.

Vom 21. Mai 1971

(Nachdruck aus KABL. S. 157)

Aufgrund des Kirchengesetzes über die Beauftragung von Gemeindegliedern zum Predigtamt und zur Sakramentsverwaltung vom 19. März 1971 (KABL. S. 73 f), § 8 Absatz 1, erläßt der Landeskirchenrat folgende Ausführungsbestimmungen:

Nr. 1

Ein Antrag auf Beauftragung zum Predigtamt bzw. zum Predigtamt und zur Sakramentsverwaltung ist stets auf dem Dienstweg dem Landeskirchenrat vorzulegen.

Nr. 2

Der Antrag ist zu begründen. Dazu gehört:

1. Angaben zur Person sowie Würdigung des zu Beauftragenden (Bewährung, Zurüstung, Wählbarkeit zum Kirchenvorsteher),
2. Begründung der Notwendigkeit für den Fall, daß der Antrag zur Sakramentsverwaltung erteilt werden soll,
3. Beschreibung des Dienstbereichs.

Nr. 3

Dem Antrag ist von der beauftragenden Stelle beizufügen:

1. Abschrift des Beschlusses des Kirchenvorstandes oder des Dekanatsausschusses,
2. Abschrift der Zustimmung derjenigen Pfarrer, deren Dienstbereich durch den Antrag unmittelbar berührt wird,
3. Entwurf einer Dienstordnung.

Nr. 4

Von dem Gemeindeglied, das beauftragt werden soll, ist dem Antrag beizulegen:

1. Lebenslauf,
2. Erklärung der Bereitschaft zur Übernahme des Auftrages,
3. Persönliche Stellungnahme zu Schrift und Bekenntnis.

Nr. 5

Der zuständige Dekan nimmt zu jedem Antrag eingehend Stellung.

Nr. 6

Der zuständige Kreisdekan nimmt zu jedem Antrag eingehend Stellung, auch wenn ein anderer in seinem Auftrag auf Grund eines Gottesdienstes und in einem Gespräch die Befähigung des Vorgeschlagenen, seine Vertrautheit mit dem biblischen Zeugnis und dem evangelisch-lutherischen Bekenntnis geprüft und darüber eine Niederschrift vorgelegt hat.

Nr. 7

Der Landeskirchenrat teilt nach Beschlußfassung dem zuständigen Kreisdekan die Entscheidung über den Antrag zur weiteren Veranlassung mit. Diese Mitteilung enthält auch die Beschreibung des Dienstbereichs, für den die Beauftragung gilt.

Nr. 8

Der zuständige Kreisdekan ordnet die gottesdienstliche Einführung nach der Ordnung der Agende (siehe KABL. 1971, S. 138) an, die er in der Regel durch einen von ihm Beauftragten vollziehen läßt. Im Gottesdienst wird die Urkunde überreicht (siehe Anlage 1 und 2.)* Nach dem Gottesdienst wird eine Niederschrift über Berufung und Verpflichtung unterschrieben (siehe Anlage 3 und 4.)* Je ein Abdruck ist dem zuständigen Kreisdekan, dem Landeskirchenrat und dem Amt für Gemeindedienst zuzustellen.

Nr. 9

Der Berufene führt die Funktionsbezeichnung „Prädikant“.

Nr. 10

Der Abschnitt IV „Lektoren mit Predigterlaubnis (Prädikanten)“ der Ordnung des Lektorendienstes vom 21. November 1963 (KABL. S. 215) ist hiermit aufgehoben.

München, den 21. Mai 1971

I. V.: Riedel

Bekanntmachung der Neufassung der Kirchenverfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers.

Vom 1. Juli 1971 (KABL. S. 189).

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Kirchengesetzes zur Änderung der Kirchenverfassung vom 5. März 1971 (Kirchl. Amtsbl. S. 57) wird nachstehend der Wortlaut der Verfassung der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers vom 11. Februar 1965 (Kirchl. Amtsbl. S. 65) in der Fassung bekanntgemacht, die sich aus folgenden die Kirchenverfassung ändernden Kirchengesetzen ergibt:

1. Kirchengesetz zur Änderung der Artikel 42 und 43 der Kirchenverfassung vom 24. März 1969 (Kirchl. Amtsbl. S. 99),
2. Kirchengesetz zur Änderung der Artikel 33, 36, 37, 44 und 58 der Kirchenverfassung vom 18. November 1969 (Kirchl. Amtsbl. S. 234),
3. Kirchengesetz zur Änderung der Artikel 24, 32, 33, 41, 53, 58, 59, 71, 78, 81 und 122 der Kirchenverfassung vom 13. März 1970 (Kirchl. Amtsbl. S. 69),
4. Kirchengesetz zur Änderung der Kirchenverfassung vom 18. Oktober 1970 (Kirchl. Amtsbl. S. 243),
5. Kirchengesetz zur Änderung der Kirchenverfassung vom 8. Dezember 1970 (Kirchl. Amtsbl. S. 268),
6. Kirchengesetz zur Änderung der Kirchenverfassung vom 5. März 1971 (Kirchl. Amtsbl. S. 57).

Das Landeskirchenamt

Dr. Frank

* Hier nicht abgedruckt.

**Verfassung
der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers
in der Fassung vom 1. Juli 1971**

Der Auftrag Jesu Christi zur Verkündigung des Evangeliums ist für die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers verpflichtend.

Grundlage der Verkündigung in der Landeskirche ist das in Jesus Christus offenbar gewordene Wort Gottes, wie es in der Heiligen Schrift Alten und Neuen Testaments gegeben und in den Bekenntnisschriften der evangelisch-lutherischen Kirche bezeugt ist.

In Bindung an diese Grundlage nimmt die Evangelisch-lutherische Landeskirche Hannovers für ihre Ordnung die folgende Verfassung an.

**I. Teil
Allgemeine Bestimmungen**

1. Abschnitt

Die Landeskirche

Artikel 1

(1) Für die Erhaltung und Förderung der rechten Verkündigung des Wortes Gottes und der stiftungsgemäßen Darreichung der Sakramente sind die Landeskirche und die Kirchengemeinden mit allen ihren Gliedern, Amtsträgern und Organen verantwortlich.

(2) Diese Verantwortung verpflichtet zum Zeugnis in der Öffentlichkeit, zur Wahrnehmung des Missionsauftrages der Christenheit in aller Welt und zum Dienst der helfenden Liebe.

Artikel 2

(1) In Erfüllung ihrer Aufgaben ordnen und verwalten die Landeskirche, ihre Gliederungen und Einrichtungen ihre Angelegenheiten eigenständig.

(2) Die Landeskirche, die Kirchen- und Kapellengemeinden, Gesamtverbände und Kirchenkreise, der Stadtkirchenverband Hannover sowie das Kloster Loccum und das Kloster Amelungsborn sind Körperschaften des öffentlichen Rechts. Kirchliche Verbände, Anstalten und Stiftungen erwerben diese Rechtsstellung nach dem geltenden Recht.

Artikel 3

(1) Zu einer Änderung des Gebietes der Landeskirche bedarf es eines Kirchengesetzes. Änderungen bis zur Größe einer Kirchengemeinde können in einem kirchengesetzlich zu ordnenden vereinfachten Verfahren vorgenommen werden.

(2) Vor jeder Änderung sind die beteiligten Kirchenvorstände und Kirchenkreisvorstände anzuhören.

Artikel 4

(1) Als Kirche evangelisch-lutherischen Bekenntnisses ist die Landeskirche mit den evangelisch-lutherischen Kirchen in aller Welt verbunden. Die Landeskirche ist Gliedkirche der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands. Dem Lutherischen Weltbund gehört sie als Mitglied an.

(2) Die Landeskirche weiß sich der bestehenden Gemeinschaft in der deutschen evangelischen Christenheit verpflichtet. Sie ist Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland.

(3) Die Landeskirche nimmt an der Zusammenarbeit der christlichen Kirchen in aller Welt teil. Sie ist Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen.

2. Abschnitt

Die Kirchenglieder

Artikel 5

(1) Glieder der Landeskirche sind alle getauften evangelischen Christen, die im Gebiet der Landeskirche ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt haben, es sei denn, daß sie einer anderen evangelischen Kirche oder Religionsgemeinschaft angehören. Jedes Glied der Landeskirche ist zugleich Glied einer Kirchengemeinde, in der Regel derjenigen evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde, in deren Bereich es seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Ein ungetauftes, religionsunmündiges Kind, dessen Eltern Glieder der Landeskirche sind, hat die Rechtsstellung eines Gliedes der Landeskirche, es sei denn, daß die Erziehungsberechtigten erklären, das Kind solle nicht Glied der Landeskirche sein. Das gleiche gilt, wenn nur ein Elternteil Glied der Landeskirche ist, solange das Einverständnis über eine Erziehung im evangelisch-lutherischen Bekenntnis besteht. Die Rechtsstellung eines Gliedes der Landeskirche hat auch ein religionsmündiges ungetauftes Kind, solange es am kirchlichen Unterricht teilnimmt.

(3) Wo im Bereich der Landeskirche evangelisch-lutherische Christen nach bisher bestandener Ordnung einer Kirchengemeinde anderen evangelischen Bekenntnisses eingegliedert sind, sind sie Glieder der Landeskirche und behalten ihren Bekenntnisstand. Unter den gleichen Voraussetzungen können Glieder einer anderen evangelischen Landeskirche einer evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde angehören.

Artikel 6

Glieder der Landeskirche und einer Kirchengemeinde (Kirchenglieder) sind auch

- a) zugezogene Evangelische, sofern sie nicht innerhalb eines Jahres nach ihrem Zuzug erklären, daß sie zu einer anderen im Gebiet der Landeskirche bestehenden evangelischen Kirche oder Religionsgemeinschaft gehören,
- b) religionsmündige Kinder, die außerhalb der evangelisch-lutherischen Kirche getauft sind, wenn sie von den Erziehungsberechtigten der Erziehung im evangelisch-lutherischen Bekenntnis zugeführt werden.

Artikel 7

Kirchenglieder werden

- a) Ungetaufte, die durch die Taufe aufgenommen werden,
- b) Getaufte, die aus einer anderen christlichen Kirche oder Religionsgemeinschaft übertreten wollen und aufgenommen werden,
- c) Getaufte, die aus der Kirche ausgetreten waren und in die Landeskirche aufgenommen werden.

Artikel 8

Die Zugehörigkeit zur Landeskirche und zur Kirchengemeinde verliert, wer sich nach dem geltenden Recht durch Übertritt zu einer anderen Kirche oder durch einen nach dem staatlichen Recht zugelassenen Kirchenaustritt von der Landeskirche lossagt.

Artikel 9

(1) Die Kirchenglieder haben nach Maßgabe der geltenden Ordnung teil an den kirchlichen Rechten und Pflichten.

(2) Sie haben Anspruch auf geordnete Darbietung von Wort und Sakrament. Ihre Mitwirkung bei der Besetzung kirchlicher Ämter und bei der Bildung kirchlicher Organe wird durch Kirchengesetz geregelt.

(3) Sie haben die Pflicht, sich zu Wort und Sakrament zu halten, ein christliches Leben zu führen und an der Förderung christlichen Glaubens, kirchlicher Gemeinschaft und Sitte tätig mitzuwirken.

(4) Sie sollen nach dem Maß ihrer Gaben und Kräfte kirchliche Ämter und Dienste übernehmen und zu freiwilligen Gaben bereit sein. Zur Leistung gesetzlich geordneter kirchlicher Abgaben sind sie verpflichtet.

3. Abschnitt

Ämter und Dienste

Artikel 10

(1) Unbeschadet der Verpflichtung jedes Kirchengliedes, das Evangelium durch Wort und Tat zu bezeugen, sollen die öffentliche Verkündigung und die Sakramentsverwaltung in der Landeskirche und den Kirchengemeinden nur mit rechtmäßigem Auftrag geschehen (Amt der Verkündigung).

(2) Dieser Auftrag zur Ausübung des Amtes der Verkündigung kann zeitlich sowie nach Art und Umfang, Ort und Personenkreis begrenzt werden und mit anderen Aufgaben im kirchlichen Dienst verbunden sein.

(3) Die Voraussetzungen und die Zuständigkeit für die Beauftragung zur öffentlichen Verkündigung werden durch Kirchengesetz geregelt. Die Form der Beauftragung richtet sich nach der Agende.

(4) In Notfällen kann jedes Kirchenglied Aufgaben der öffentlichen Verkündigung wahrnehmen.

Artikel 11

In der Landeskirche, ihren Gliederungen, Einrichtungen und Werken werden Kirchenglieder den Erfordernissen des kirchlichen Lebens entsprechend hauptberuflich, nebenberuflich oder ehrenamtlich zu kirchlichem Dienst bestellt.

Artikel 12

(1) Die Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellen sind in ihrem dienstlichen Handeln an das evangelisch-lutherische Bekenntnis und an das in der Landeskirche geltende Recht gebunden.

(2) Sie haben einen vorbildlichen Lebenswandel zu führen.

Artikel 13

(1) Die Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellungen und die anstellende kirchliche Körperschaft stehen in einem gegenseitigen Treueverhältnis.

(2) Sie haben nach Maßgabe des geltenden Rechtes die Befugnis, Angelegenheiten ihres Dienstes in den zuständigen Organen selbst zu vertreten.

(3) Art und Umfang des Auftrages der haupt- oder nebenberuflich tätigen Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellen und ihre sonstigen Rechtsverhältnisse werden durch Kirchengesetz oder durch Dienstvertrag geregelt.

Artikel 14

(1) Die Beteiligung der haupt- oder nebenberuflich tätigen Inhaber kirchlicher Amts- oder Dienststellungen an der Regelung allgemeiner, ihren Stand besonders betreffender Fragen wird durch Kirchengesetz geregelt.

(2) Zusammenschlüsse von Inhabern kirchlicher Amts- und Dienststellungen zu Konferenzen und Konventen können durch Kirchengesetz geregelt werden.

Artikel 15

Kirchenglieder, besonders solche, die im Dienst der Unterweisung und Lehre stehen, erfüllen durch eine im Sinne des Artikels 1 ausgeübte Tätigkeit Aufgaben der Verkündigung auch, wenn sie keine kirchliche Amts- oder Dienststellung innehaben. Dieser Dienst wird von der Landeskirche gefördert.

4. Abschnitt

Kirchliche Körperschaften

Artikel 16

(1) In der Landeskirche regeln und verwalten die kirchlichen Körperschaften ihre Angelegenheiten selbstständig im Rahmen des geltenden Rechtes.

(2) Das Vermögen der kirchlichen Körperschaften darf nur zur Erfüllung kirchlicher Aufgaben verwandt werden.

Artikel 17

Die kirchlichen Körperschaften stehen unter der Aufsicht der Landeskirche. Die Aufsicht hat die Rechte der kirchlichen Körperschaften zu achten und zu wahren. Sie hat darauf hinzuwirken, daß die kirchlichen Körperschaften ihre Aufgaben und Verpflichtungen erfüllen und das geltende Recht beachten.

Artikel 18

(1) Die Aufsichtsbehörden haben das Recht, sich jederzeit über die Angelegenheiten der kirchlichen Körperschaften zu unterrichten, insbesondere Berichte anzufordern und die schriftlichen Unterlagen einzusehen oder sich vorlegen zu lassen. Die beaufsichtigten Körperschaften sind verpflichtet, Vertreter der Aufsichtsbehörden auf deren Verlangen an der Beratung bestimmter Angelegenheiten zu beteiligen.

(2) Die Aufsichtsbehörden können Beschlüsse und andere Maßnahmen von Organen der kirchlichen Körperschaften beanstanden, wenn sie rechtswidrig oder nicht sachgerecht sind. Beanstandete Maßnahmen dürfen nicht vollzogen, bereits getroffene Maßnahmen müssen auf Verlangen der Aufsichtsbehörden rückgängig gemacht werden.

(3) Die Aufsichtsbehörden haben das Recht, in kirchengesetzlich geordnetem Verfahren eine gesetzliche Leistung, die aus dem Vermögen einer kirchlichen Körperschaft zu bestreiten ist oder den einzelnen Kirchengliedern obliegt, anzuordnen und notfalls durchzusetzen, daß Rechte der Körperschaften vor Gerichten und Behörden geltend gemacht und verteidigt werden.

(4) Durch Kirchengesetz können den Aufsichtsbehörden bestimmte Befugnisse gegenüber den kirchlichen Körperschaften eingeräumt werden, um zu verhindern, daß der Bestand der Landeskirche und ihrer Körperschaften, die Erfüllung ihrer Aufgaben oder die Einheitlichkeit der Verwaltung durch die Geschäftsführung kirchlicher Organe gefährdet werden.

Artikel 19

Gegen Maßnahmen der Aufsichtsbehörden nach den Artikeln 17 und 18 ist der Rechtsweg zum Verfassungs- und Verwaltungsgericht gegeben.

Artikel 20

(1) Soweit Organe kirchlicher Körperschaften kirchenaufsichtliche Aufgaben und Befugnisse wahrzu-

nehmen haben, sind sie an Weisungen der übergeordneten Aufsichtsbehörden gebunden.

(2) In welchem Umfange Weisungen über Absatz 1 hinaus erteilt werden können, wird durch die Kirchengemeindeordnung, die Kirchenkreisordnung oder durch andere Kirchengesetze geregelt.

Artikel 21

(1) Die Landeskirche, die Kirchenkreise und die Kirchengemeinden haben das Recht, von ihren Gliedern Kirchensteuern und sonstige Abgaben zu erheben.

(2) Die Landeskirche und die Kirchenkreise können Umlagen erheben.

(3) Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 22

(1) Durch Kirchengesetz kann bestimmt werden, daß das Recht der Landeskirche, der Kirchenkreise oder der Kirchengemeinden zur Erhebung von Kirchensteuern, Umlagen oder sonstigen Abgaben ganz oder teilweise ruht. Das Kirchengesetz muß sicherstellen, daß die an der Abgabenerhebung gehinderten Körperschaften durch ein Umlagerecht oder einen Rechtsanspruch auf Zuweisungen angemessen am kirchlichen Abgabenaufkommen beteiligt und in den Stand gesetzt werden, ihre Aufgaben zu erfüllen.

(2) Durch Kirchengesetz kann bestimmt werden, daß bei einem Zusammenschluß von Kirchengemeinden und von Kirchenkreisen zu Verbänden das Abgaberecht von den Verbänden ausgeübt wird. Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) Können Kirchengemeinden, Kirchenkreise, Kirchengemeindeverbände oder Kirchenkreisverbände trotz Ausschöpfung ihres Abgaben- oder Umlagerechtes, ihrer sonstigen Einnahmen und der Leistungen Dritter den zur Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Bedarf nicht decken, so hat ihnen die Landeskirche nach Kräften die erforderliche Finanzhilfe zu leisten. Ruht das Abgaberecht der Landeskirche nach Absatz 1 oder reichen ihre Mittel zur Deckung des Bedarfs für den Finanzausgleich nicht aus, so kann sie von allen Kirchengemeinden auf Grund eines Kirchengesetzes eine Finanzausgleichsumlage erheben.

II. Teil

Kirchengemeinde

1. Abschnitt

Allgemeines

Artikel 23

(1) Die Kirchengemeinde umfaßt die in einem örtlich begrenzten Bezirk innerhalb der Landeskirche wohnenden, unter einem Pfarramt vereinigten Kirchenglieder (Ortsgemeinde).

(2) Ausnahmsweise können Kirchengemeinden nach Personenkreisen bestimmt sein (Personalgemeinde).

(3) In besonderen Fällen kann auf Antrag die Zugehörigkeit eines Kirchengliedes zu einer anderen Kirchengemeinde zugelassen werden. Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 24

Für eine Anstalt, in der ständig ein Pastor (Artikel 32 Abs. 3), der in der Landeskirche anstellungsfähig ist, hauptberuflich tätig ist, kann eine Anstaltsgemeinde errichtet werden, wenn die übrigen kirchengesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Artikel 25

Wo sich evangelische Christen außerhalb des Verbandes einer Kirchengemeinde zu kirchlicher Gemeinschaft sammeln, kann das Landeskirchenamt bis zu einer kirchengesetzlichen Regelung dafür besondere Einrichtungen schaffen und die besondere pfarramtliche Versorgung regeln. Die Ablehnung eines entsprechenden Antrages bedarf der Zustimmung des Kirchensenates.

Artikel 26

(1) Mehrere Kirchengemeinden können unter einem gemeinschaftlichen Pfarramt verbunden werden.

(2) Zur Wahrnehmung einzelner gemeinsamer Aufgaben können sich mehrere Kirchengemeinden zu einem Verband zusammenschließen oder zu einem solchen zusammengeschlossen werden. Einzelne Aufgaben der Kirchengemeinde können durch Vereinbarung auf andere kirchliche Körperschaften übertragen werden. Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 27

(1) Die Kirchengemeinde und das Pfarramt haben für regelmäßigen öffentlichen Gottesdienst, kirchliche Unterweisung, Seelsorge und Liebestätigkeit zu sorgen. Sie sind für die Wahrung der rechten Lehre, für kirchliche Zucht und äußere Ordnung verantwortlich.

(2) Die Kirchengemeinde hat nach ihren Kräften an den Aufgaben und Lasten der Landeskirche teilzunehmen.

Artikel 28

Das Landeskirchenamt kann nach Anhörung der beteiligten Kirchenvorstände und Kirchenkreisvorstände neue Kirchengemeinden errichten, bestehende aufheben, zusammenlegen oder anders begrenzen. Widerspricht ein beteiligter Kirchenvorstand oder Kirchenkreisvorstand einer dieser Maßnahmen, so bedarf es der Zustimmung des Kirchensenates. Das gilt auch bei Vermögensauseinandersetzungen, die durch eine dieser Maßnahmen notwendig werden.

Artikel 29

(1) Kapellengemeinden sind selbständige Teile einer Kirchengemeinde, für die regelmäßig öffentlicher Gottesdienst in einem eigens dafür bestimmten Raum stattfindet.

(2) Auf die Kapellengemeinden sind die Bestimmungen über die Kirchengemeinden entsprechend anzuwenden, soweit nicht durch Kirchengesetz etwas anderes bestimmt wird.

Artikel 30

Die Kirchengemeinden sind berechtigt, sich selbst Gemeindegatzungen zu geben. Diese bedürfen der Genehmigung des Kirchenkreisvorstandes. Die Genehmigung darf erst erteilt werden, nachdem das Landeskirchenamt erklärt hat, daß keine rechtlichen Bedenken vorliegen.

Artikel 31

Das Nähere über die Aufgaben der Kirchengemeinden, ihre Rechte und Pflichten, ihre Ordnung und Verwaltung sowie über die Kapellen- und Anstaltsgemeinden wird durch die Kirchengemeindeordnung oder andere Kirchengesetze geregelt. Diese können für Personal- und Anstaltsgemeinden von den Vorschriften der Verfassung abweichen.

2. Abschnitt

Pfarramtlicher Dienst

Artikel 32

(1) Die besondere Aufgabe des Pastors im pfarramtlichen Dienst ist die öffentliche Verkündigung und die Sakramentsverwaltung.

(2) In Ausübung dieser Aufgabe ist der Pastor im Rahmen des geltenden Rechtes unabhängig. Er ist an das evangelisch-lutherische Bekenntnis gebunden.

(3) Pastor im Sinne der Kirchenverfassung sind unbeschadet der für sie geltenden besonderen dienstrechtlichen Regelungen der Pfarrer, der Hilfspfarrer, die Pastorin, der Pfarrvikar und der ordinierte Pfarrverwalter.

Artikel 33

Die festangestellten Pastoren der Kirchengemeinde sowie die in der Kirchengemeinde gemäß Artikel 38 tätigen Pastoren und die mit der Versehung einer Pfarr- oder Pfarrvikarstelle Beauftragten verwalten das Pfarramt gemeinsam. Andere in der Kirchengemeinde tätige Pastoren und Pfarrverwalter in der Probezeit nehmen an den Beratungen des Pfarramtes teil.

Artikel 34

Das Pfarramt ist für Gottesdienste und Amtshandlungen im Bereich der Kirchengemeinde allein zuständig, soweit nicht durch Kirchengesetz etwas anderes bestimmt ist. Es verfügt über die stiftungsgemäße Nutzung der für den Gottesdienst bestimmten Räume im Rahmen der kirchlichen Ordnung.

Artikel 35

(1) Festangestellte Pfarrer, Pastorinnen und Pfarrvikare werden auf Lebenszeit berufen. Sie können gegen ihren Willen nur unter den kirchengesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen in eine andere Stelle, in den Warte- oder Ruhestand versetzt oder ihres Amtes enthoben werden.

(2) Im übrigen werden ihre Rechtsverhältnisse durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 36

(1) Das Landeskirchenamt kann nach Anhörung der beteiligten Kirchenvorstände und Kirchenkreisvorstände neue Pfarrstellen errichten und bestehende zusammenlegen, aufheben oder verlegen sowie auch die dauernde pfarramtliche Verbindung von Kirchengemeinden herstellen oder aufheben. Widerspricht ein beteiligter Kirchenvorstand oder Kirchenkreisvorstand einer dieser Maßnahmen, so bedarf es der Zustimmung des Kirchensenates.

(2) Für die Errichtung neuer und die Aufhebung bestehender Pfarrvikarstellen gelten die Bestimmungen des Absatzes 1 entsprechend.

Artikel 37

(1) Die Besetzung der Pfarr- und Pfarrvikarstellen wird durch Kirchengesetz geregelt. Wenn keine Wahl stattfindet, ist die Anstellung erst nach Erteilung der Vokation durch die Kirchengemeinde zulässig. Wird die Vokation verweigert, so darf die Stelle nur übertragen werden, wenn die Verweigerung in einem kirchengesetzlich geordneten Verfahren für unbegründet erklärt ist.

(2) Andere der Gemeinde bei der Pfarrbesetzung herkömmlich etwa zustehende Rechte bleiben unberührt. Die Angleichung solcher Rechte an das landeskirchliche Recht ist anzustreben.

Artikel 38

(1) Mit besonderem Auftrag für einen Dienst innerhalb oder außerhalb einer Kirchengemeinde kann ein Pfarrer als Pfarrer der Landeskirche angestellt werden. Er wird einem Kirchenkreis zugewiesen.

(2) Pfarrer der Landeskirche werden auf Lebenszeit in den kirchlichen Dienst berufen, können aber in ein anderes entsprechendes Amt oder in eine Gemeindepfarrstelle versetzt werden.

(3) Ein Pfarrer, der im Gebiet der Landeskirche an einer kirchlichen Anstalt, bei einem kirchlichen Werk oder bei einem Verein angestellt ist, kann vom Landeskirchenamt den Pfarrern der Landeskirche gleichgestellt werden. Das gilt auch für einen Pfarrer, der außerhalb des landeskirchlichen Dienstes für befristete Zeit hauptamtlich eine kirchliche Aufgabe übernimmt.

(4) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Pastorinnen und Pfarrvikare nach Maßgabe besonderer Kirchengesetze.

3. Abschnitt

Andere Ämter und Dienste

Artikel 39

(1) Bestimmte Aufgaben im Sinne des Artikels 27 werden durch andere Ämter und Dienste, insbesondere die des Diakons, der Diakonisse, des Lektors, des Kirchenmusikers, des Küsters, der Gemeindegärtnerin und der Kindergärtnerin, hauptberuflich, nebenberuflich oder ehrenamtlich wahrgenommen.

(2) Ihre Rechtsverhältnisse werden durch Kirchengesetz geregelt.

4. Abschnitt

Kirchenvorstand

Artikel 40

(1) Jede Kirchengemeinde muß einen Kirchenvorstand haben.

(2) In Personal- und Anstaltsgemeinden kann die Bildung eines Kirchenvorstandes unterbleiben. In diesem Fall ordnet das Landeskirchenamt die Verwaltung und Vertretung der Gemeinde, wenn nicht durch Kirchengesetz etwas anderes bestimmt ist.

Artikel 41

(1) Der Kirchenvorstand besteht aus den festangestellten Pastoren der Kirchengemeinde sowie den gewählten und berufenen Kirchenvorstehern.

(2) Dem Kirchenvorstand können auf Grund kirchengesetzlicher Bestimmungen noch andere als die in Absatz 1 bezeichneten Mitglieder angehören.

Artikel 42

Wahlberechtigt sind alle Gemeindeglieder, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, soweit nicht kirchengesetzliche Bestimmungen ihrem Wahlrecht entgegenstehen.

Artikel 43

Zu Kirchenvorstehern wählbar sind alle Wahlberechtigten, die das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben und die sonstigen kirchengesetzlichen Voraussetzungen erfüllen.

Artikel 44

(1) Der Kirchenvorstand ist mit dem Pfarramt für die Erfüllung der der Kirchengemeinde nach Artikel 27 obliegenden Aufgaben verantwortlich.

(2) Der Kirchenvorstand hat im Rahmen des geltenden Rechtes für die Einrichtung und Besetzung von Pfarr- und Pfarrvikarstellen und anderer Gemeindeämter zu sorgen.

(3) Der Kirchenvorstand kann Gemeindeglieder mit der Erfüllung besonderer Aufgaben in der Gemeinde beauftragen.

Artikel 45

(1) Der Kirchenvorstand verwaltet das kirchliche Vermögen, stellt den Haushaltsplan der Kirchengemeinde fest und beschließt über Kirchensteuern und sonstige kirchliche Abgaben im Rahmen des geltenden Rechtes.

(2) Der Kirchenvorstand vertritt die Kirchengemeinde gerichtlich und außergerichtlich.

Artikel 46

Solange ein beschlußfähiger Kirchenvorstand nicht vorhanden ist, werden die Aufgaben und Befugnisse des Kirchenvorstandes vom Kirchenkreisvorstand oder von einem oder mehreren von ihm Bevollmächtigten vertretungsweise wahrgenommen.

5. Abschnitt

Gemeindeversammlung und Gemeindebeirat

Artikel 47

(1) Zur Beratung wichtiger, das Gemeindeleben berührender Angelegenheiten kann der Kirchenvorstand eine Versammlung der wahlberechtigten Gemeindeglieder (Gemeindeversammlung) einberufen. Er ist dazu verpflichtet, wenn ihre Einberufung unter Angabe des Verhandlungsgegenstandes vom Kirchenkreisvorstand angeordnet oder von sechsmal soviel wahlberechtigten Gemeindegliedern, wie Kirchenvorsteher im Amt sind, gefordert wird.

(2) Das Nähere wird durch die Kirchengemeindeordnung geregelt. Diese kann vorsehen, daß die Gemeindeversammlung in bestimmten Fällen einzuberufen ist.

Artikel 48

Zur Förderung des Gemeindelebens kann ein Gemeindebeirat gebildet werden. Er ist zu bilden, wenn die Gemeindeversammlung oder das Pfarramt die Bildung beantragt. Das Nähere wird durch die Kirchengemeindeordnung geregelt.

Artikel 49

Anregungen und Vorschläge der Gemeindeversammlung und des Gemeindebeirates sind an den Kirchenvorstand oder an das Pfarramt zu richten und von diesen zu beantworten.

III. Teil Kirchenkreis

1. Abschnitt

Allgemeines

Artikel 50

(1) Der Kirchenkreis ist der Zusammenschluß der Kirchengemeinden seines Bereiches. Jede Kirchengemeinde muß einem Kirchenkreis angehören.

(2) Als selbständige kirchliche Körperschaft soll der Kirchenkreis die Arbeit der Kirchengemeinden fördern und die gemeinsame Erfüllung besonderer kirchlicher Aufgaben anregen.

(3) Als Gliederung und Verwaltungsbezirk der Landeskirche nimmt der Kirchenkreis Aufgaben wahr,

die ihm die kirchliche Ordnung überläßt oder überträgt; insbesondere wirkt er an der allgemeinen kirchlichen Verwaltung und an der Aufsicht über die Kirchengemeinden und die kirchlichen Amtsträger seines Bereiches mit.

(4) Der Kirchenkreis ist der Amtsbereich des Superintendenten.

Artikel 51

Das Landeskirchenamt kann nach Anhörung der beteiligten Kirchenvorstände und Kirchenkreisvorstände Kirchenkreise neu bilden, verändern, aufheben oder vereinigen. Widerspricht ein beteiligter Kirchenvorstand oder Kirchenkreisvorstand einer dieser Maßnahmen, so bedarf es der Zustimmung des Kirchensynodes. Dies gilt auch bei Vermögensauseinandersetzungen, die durch eine dieser Maßnahmen notwendig werden.

Artikel 52

(1) Einem Kirchenkreis können durch Kirchengesetz die Aufgaben und Befugnisse eines Gesamtverbandes übertragen werden.

(2) Zur Erfüllung einzelner Aufgaben, die eine gemeinsame rechtliche Vertretung erfordern, können mehrere Kirchenkreise auf ihren Antrag zusammengeschlossen werden. Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

2. Abschnitt

Superintendent

Artikel 53

(1) Der Superintendent hat — unbeschadet der Aufsicht anderer Stellen — die Aufsicht über die Kirchengemeinden, die Pfarrämter und die Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellungen, soweit sie im Dienst der Verkündigung tätig sind. Er soll das kirchliche Leben im Kirchenkreis anregen und fördern sowie Mißständen und Gefahren entgegenwirken. Er vertritt den Kirchenkreis in der Öffentlichkeit.

(2) Zu seinen Aufgaben gehört es insbesondere:

- a) Pastoren in ihr Amt einzuführen,
- b) Pastorenkonvente und Pastorenkonferenzen abzuhalten,
- c) Visitationen vorzunehmen,
- d) die im Kirchenkreis tätigen Pastoren, Pfarrverwalter in der Probezeit und die im Kirchenkreis wohnenden Studenten und Kandidaten der Theologie sowie — unbeschadet der Fachaufsicht — die Inhaber der übrigen kirchlichen Amts- und Dienststellungen zu beraten und ihre Fortbildung zu fördern.

(3) Das Nähere kann durch eine Dienstanweisung geregelt werden, die das Landeskirchenamt mit Zustimmung des Bischofsrates erläßt.

Artikel 54

Das Amt des Superintendenten ist mit einer bestimmten Pfarrstelle verbunden.

Artikel 55

(1) Der Superintendent wird auf Vorschlag des Landeskirchenamtes vom Landesbischof ernannt. Der Bischofsrat wirkt gemäß Artikel 73 mit. Vor der Ernennung ist der Kirchenkreisvorstand anzuhören.

(2) Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 56

(1) Zu Stellvertretern des Superintendenten im Aufsichtsamt wählt der Pastorenkonvent aus seiner Mitte zwei Pfarrer; die Wahl bedarf der Bestätigung durch das Landeskirchenamt.

(2) Zu Stellvertretern des Superintendenten im Vorsitz des Kirchenkreisvorstandes wählt der Kirchenkreisvorstand zwei seiner Mitglieder.

(3) Das Nähere wird durch die Kirchenkreisordnung geregelt.

3. Abschnitt

Kirchenkreistag und
Kirchenkreisvorstand

Artikel 57

(1) Kirchenkreistag und Kirchenkreisvorstand nehmen die Aufgaben und Befugnisse wahr, die in Artikel 50 dem Kirchenkreis zugewiesen sind.

(2) Der Kirchenkreistag erfüllt seine Aufgaben durch gemeinsame Besprechung und durch Beratung der Kirchengemeinden; er kann im Rahmen des geltenden Rechtes besondere Einrichtungen des Kirchenkreises für kirchliche Aufgaben schaffen.

(3) Der Kirchenkreistag stellt den Haushaltsplan des Kirchenkreises fest und beschließt über die zu seiner Deckung erforderlichen Kirchensteuern, Umlagen oder sonstigen Abgaben im Rahmen des geltenden Rechtes.

Artikel 58¹⁾

(1) Dem Kirchenkreistag gehören an:

- a) die Vorsitzenden der Kirchengemeinden und ihre Stellvertreter,
- b) gewählte Gemeindeglieder, die dem Kirchenvorstand ihrer Gemeinden nicht angehören,
- c) weitere Mitglieder, die von dem Kirchenkreisvorstand berufen werden,
- d) der Superintendent und seine Stellvertreter im Aufsichtsamt,
- e) die im Kirchenkreis wohnenden Mitglieder der Landessynode.

(2) Dem Kirchenkreistag können auf Grund kirchengesetzlicher Bestimmungen noch andere als die in Absatz 1 bezeichneten Mitglieder angehören.

Artikel 59

(1) Jeder Kirchenkreis muß einen Kirchenkreisvorstand haben. Er besteht aus dem Superintendenten als Vorsitzendem und aus wenigstens vier vom Kirchenkreistag zu wählenden Mitgliedern. Unter diesen müssen wenigstens zwei festangestellte Pastoren und zwei nichtgeistliche Mitglieder sein.

(2) Ein Mitglied des Kirchenkreisvorstandes, das nicht dem Kirchenkreistag angehört, wird mit seiner Wahl in den Kirchenkreisvorstand auch Mitglied des Kirchenkreistages.

¹⁾ Auf Grund der Verordnung mit Gesetzeskraft über die Kirchenkreistage vom 26. März 1971 (Kirchl. Amtsbl. S. 88) sind auf die vor dem 1. April 1971 gebildeten Kirchenkreise abweichend von Artikel 58 Abs. 1 der Verfassung bis zum 31. März 1972 die Bestimmungen des II. und III. Teiles der Kirchenkreisordnung vom 20. Dezember 1922 in der zuletzt gültigen Fassung mit Ausnahme der §§ 5, 6 und 8 anzuwenden.

Artikel 60

(1) Der Kirchenkreisvorstand führt die laufenden Geschäfte des Kirchenkreises und vertritt ihn gerichtlich und außergerichtlich. Er führt die Aufsicht über die Kirchengemeinden und ihre Tätigkeit.

(2) Er hat dem Kirchenkreistag über seine Geschäftsführung Rechenschaft zu geben.

Artikel 61

Das Nähere über die Bildung der Kirchenkreistage und Kirchenkreisvorstände, ihre Aufgaben und Befugnisse sowie ihre Geschäftsführung wird durch die Kirchenkreisordnung oder andere Kirchengesetze geregelt.

IV. Teil

Leitung und Verwaltung der Landeskirche

1. Abschnitt

Landesbischof

Artikel 62

(1) Der Landesbischof hat die geistliche Leitung und Aufsicht in der Landeskirche. Er vertritt die Landeskirche im kirchlichen und öffentlichen Leben.

(2) Der Landesbischof hat den Vorsitz im Kirchenrat, im Bischofsrat und im Landeskirchenamt.

(3) Er vertritt die Landeskirche bei Abschluß von Verträgen, die der Zustimmung durch Gesetz bedürfen.

Artikel 63

(1) Der Landesbischof hat das Kanzelrecht in allen Gemeinden der Landeskirche. Er kann sich mit Kundgebungen, die im öffentlichen Gottesdienst zu verlesen sind, an die Gemeinden wenden sowie außerordentliche allgemeine Buß-, Fürbitt- und Dankgottesdienste anordnen. Er wählt sich eine Kirche als Predigtstätte.

(2) Der Landesbischof hat das Recht, zu ordinieren, Kirchen und Kapellen einzuweihen, Visitationen vorzunehmen und im Benehmen mit dem zuständigen Landessuperintendenten und dem Landeskirchenamt außerordentliche Visitationen anzuordnen.

(3) Der Landesbischof führt die Mitglieder des Kirchenrates und des Landeskirchenamtes sowie die Landessuperintendenten und die Amtsträger mit gesamtkirchlichem Auftrag in ihr Amt ein.

Artikel 64

(1) Zu den Aufgaben des Landesbischofs gehört es:

- a) nach Maßgabe besonderer Kirchengesetze Pfarrer, Pastorinnen und Pfarrvikare namens der Landeskirche zu ernennen, zu berufen und ihnen die Bestallung zu erteilen,
- b) die Superintendenten zu ernennen,
- c) die Mitglieder der theologischen Prüfungsausschüsse zu ernennen,
- d) Synodale gemäß Artikel 78 Absatz 1 Buchstabe d zu berufen,
- e) Einsicht in die Arbeit der kirchlichen Ausbildungs- und Fortbildungsstätten zu nehmen.

(2) Zu den Aufgaben des Landesbischofs gehört es ferner:

- a) die Verbindung der Landeskirche mit anderen Kirchen im Rahmen der kirchlichen Zusammenschlüsse in Deutschland und in aller Welt zu pflegen,
- b) die Verbindung mit der Theologischen Fakultät der Landesuniversität zu fördern,

- c) die Stellungnahme der Kirche zu den Fragen und Aufgaben der Zeit in der Öffentlichkeit geltend zu machen,
- d) Evangelisation, kirchliche Wochen und andere Veranstaltungen zu veranlassen,
- e) die Innere und die Äußere Mission sowie die kirchlichen Werke und Einrichtungen zu fördern,
- f) für eine Zusammenarbeit aller Kräfte in der Landeskirche zu sorgen.

Artikel 65

(1) Der Landesbischof wird auf Vorschlag des Kirchensynates von der Landessynode auf Lebenszeit gewählt. Der Vorschlag des Kirchensynates kann bis zu drei Namen enthalten. Vorschlag und Wahl erfolgen in nichtöffentlicher Sitzung. Gewählt wird ohne Aussprache und in geheimer Abstimmung. Für die Wahl ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Landessynode erforderlich. Wird diese Mehrheit beim ersten Wahlgang nicht erreicht, so kann der Kirchensynat seinen Vorschlag abändern.

(2) Wird im zweiten Wahlgang eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Landessynode nicht erreicht, so treten der Kirchensynat und der Landessynodalausschuß zu einem Kollegium zusammen. Dieses schlägt der Landessynode zwei Namen vor. Im dritten Wahlgang entscheidet die Landessynode mit einfacher Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Landessynode.

(3) Zwischen der Einbringung eines Vorschlages und dem folgenden Wahlgang sowie zwischen den einzelnen Wahlgängen muß ein Zeitraum von mindestens zwölf Stunden liegen.

(4) Der Präsident der Landessynode teilt dem Gewählten die vollzogene Wahl mit; er unterrichtet den Kirchensynat von der gegenüber der Landessynode erklärten Annahme der Wahl. Der Kirchensynat setzt im Einvernehmen mit dem Landessynodalausschuß den Beginn des Dienstverhältnisses und den Zeitpunkt des Amtsantritts des Landesbischofs fest.

Artikel 66

(1) Im Falle einer zeitweiligen Verhinderung bestimmt der Landesbischof seinen Vertreter aus dem Kreise der Landessuperintendenten oder der Mitglieder des Landeskirchenamtes. Hat der Landesbischof einen Vertreter nicht bestimmt, so vertreten ihn die Landessuperintendenten in der Reihenfolge ihres Dienstalters.

(2) Ist das Amt des Landesbischofs nicht besetzt, so wählt der Kirchensynat zum Bischofsvikar einen der beiden Landessuperintendenten, die dem Kirchensynat als Mitglied oder als Vertreter angehören.

(3) Die Vertretung nach den Absätzen 1 und 2 umfaßt die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Landesbischofs gemäß Artikel 62 Absatz 1 und 3, Artikel 63, 64 und 85 Absatz 2.

Artikel 67

(1) Der Landesbischof ist jederzeit zum Rücktritt von seinem Amt berechtigt.

(2) Der Landesbischof kann gegen seinen Willen nur unter den kirchengesetzlich vorgeschriebenen Voraussetzungen in eine andere Stelle oder in den Ruhestand versetzt oder seines Amtes enthoben werden.

(3) Im übrigen werden die Rechtsverhältnisse des Landesbischofs durch Kirchengesetz geregelt.

2. Abschnitt

Landessuperintendenten

Artikel 68

Der Landessuperintendent hat die geistliche Leitung und Aufsicht in einem Sprengel. Er hat das Kanzelrecht in allen Gemeinden des Sprengels. Er vertritt die Landeskirche im kirchlichen und öffentlichen Leben seines Sprengels.

Artikel 69

(1) Der Landessuperintendent hat das Recht zu ordinieren, Kirchen und Kapellen einzuweihen, soweit nicht der Landesbischof die Ordination oder Einweihung in Anspruch nimmt, und Visitationen vorzunehmen.

(2) Zu den Aufgaben des Landessuperintendenten gehört es ferner:

- a) Superintendenten sowie Amtsträger mit einem Auftrag für den Sprengel in ihr Amt einzuführen,
- b) Generalkonvente und Ephorenkonvente abzuhalten,
- c) den theologischen Nachwuchs zu fördern und im Rahmen der landeskirchlichen Ordnung bei dessen Ausbildung und Prüfung mitzuwirken,
- d) die Innere und die Äußere Mission sowie die kirchlichen Werke und Einrichtungen zu fördern,
- e) für eine Zusammenarbeit aller Kräfte im Sprengel zu sorgen.

(3) Im einzelnen werden die Befugnisse und Pflichten des Landessuperintendenten sowie seine Vertretung durch eine Dienstordnung geregelt, die der Kirchensynat erläßt.

Artikel 70

(1) Der Landessuperintendent wird vom Kirchensynat mit Zustimmung des Landesbischofs ernannt und durch den Landesbischof in sein Amt eingeführt.

(2) Der Amtssitz des Landessuperintendenten wird durch den Kirchensynat bestimmt. Er muß im Sprengel liegen; hiervon kann der Kirchensynat aus wichtigem Grunde abweichen.

(3) Dem Landessuperintendenten wird vom Kirchensynat eine Predigtstätte im Sprengel zugewiesen. Er kann an den Beratungen des Pfarramtes seiner Predigtstätte teilnehmen.

(4) Die Zahl der Landessuperintendenten und die Abgrenzung der Sprengel wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 71

(1) Zur Beratung des Landessuperintendenten und zur Mitwirkung bei der Wahl zur Landessynode wird im Sprengel ein Sprengelbeirat gebildet.

- (2) Dem Sprengelbeirat gehören an
- a) der Landessuperintendent als Vorsitzender,
 - b) ein vom Ephorenkonvent gewählter Superintendent,
 - c) drei vom Generalkonvent gewählte festangestellte Pastoren,
 - d) je ein von jedem Kirchenkreistag benanntes nicht-geistliches Mitglied, sofern der Kirchenkreis nicht schon nach den Buchstaben b oder c vertreten ist,
 - e) vier vom Landessuperintendenten berufene nicht-geistliche Mitglieder,
 - f) die im Sprengel wohnenden Mitglieder der Landessynode, jedoch ohne Stimmrecht.
- (3) Der Sprengelbeirat wird jeweils nach Neubildung der Kirchenkreistage neu gebildet.

3. Abschnitt
Bischofsrat
Artikel 72

Der Landesbischof und die Landessuperintendenten bilden den Bischofsrat. Dieser tritt zu regelmäßigen Beratungen über alle Fragen zusammen, die das kirchliche Leben betreffen. Den Vorsitz führt der Landesbischof, im Falle seiner Verhinderung oder bei einer Vakanz des Bischofsamtes der dienstälteste Landessuperintendent.

Artikel 73

(1) Der Bischofsrat wirkt beratend mit

- a) bei der Aufstellung und Änderung von Ausbildungsplänen für die Kandidaten der Theologie und die Pfarrvikaranwärter,
- b) bei der Besetzung der Superintendentenstellen und solcher Pfarrstellen, die nicht durch Pfarrwahl oder Patronat besetzt werden,
- c) bei der Ernennung der Studiendirektoren an Prediger- und Pfarrvikarseminaren,
- d) bei der Berufung der Pfarrer der Landeskirche mit besonderem Auftrag.

(2) Widerspricht der Bischofsrat einem Vorschlag für die Ernennung eines Superintendenten (Artikel 55), so bedarf es eines neuen Vorschlages. Widerspricht der Bischofsrat auch dem neuen Vorschlag, so entscheidet der Landesbischof.

(3) Der Zustimmung des Bischofsrates bedarf es bei Erlaß einer Dienstanweisung für Superintendenten (Artikel 53 Absatz 3).

4. Abschnitt
Landessynode
Artikel 74

(1) Die Landessynode hat die Aufgabe, dem inneren und äußeren Aufbau der Landeskirche zu dienen. Sie hat über den ordnungsgemäßen Bestand und die Wirksamkeit aller zur Arbeit in der Landeskirche berufenen Stellen zu wachen.

(2) Die Landessynode soll die Angelegenheiten des kirchlichen und öffentlichen Lebens im Gebiet der Landeskirche beobachten und erörtern. Sie kann Anregungen an die übrigen landeskirchlichen Stellen sowie Entschließungen an Behörden, Körperschaften, Vereine und andere richten. Sie kann sich mit Kundgebungen an die Gemeinden wenden und anordnen, daß sie im öffentlichen Gottesdienst verlesen werden.

Artikel 75

Die Landessynode hat folgende besondere Aufgaben und Befugnisse:

- a) unter Mitwirkung des Kirchsenates über die Kirchengesetze zu beschließen,
- b) bei Erklärungen nach Artikel 127 Absatz 3 mitzuwirken,
- c) die Vorlagen des Kirchsenates und die Anträge des Landessynodalausschusses, des Landeskirchenamtes sowie der Kirchenkreistage und Kirchenkreisvorstände zu erledigen,
- d) Eingaben, die in geschäftsordnungsgemäßer Form aufgenommen werden, zu erledigen,
- e) über die ihr nach Artikel 91 Absatz 3 Buchstabe a vom Landessynodalausschuß und nach Artikel 99 Absatz 1 vom Landeskirchenamt vorzulegenden Berichte zu beraten,
- f) den Landesbischof zu wählen (Artikel 65),

- g) die Mitglieder des Landessynodalausschusses und die von ihr zu bestellenden Mitglieder des Kirchsenates zu wählen (Artikel 88 Absatz 1 und Artikel 100 Absatz 1 Buchstabe f und g),
- h) gemäß der Verfassung der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands Mitglieder zu deren Generalsynode und gemäß der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland Mitglieder zu deren Synode zu wählen.

Artikel 76

(1) Die Landessynode stellt für ein Jahr oder mehrere Jahre (Haushaltszeitraum) auf Grund eines vom Landeskirchenamt nach Beratung mit dem Landessynodalausschuß aufgestellten Entwurfes und des vom Kirchsenat aufgestellten Stellenplanes für die landeskirchliche Verwaltung den Haushaltsplan fest und beschließt über Art und Höhe der zu seiner Deckung zu erhebenden Kirchensteuern, Umlagen oder sonstigen Abgaben. Über Umlagen in Teilen der Landeskirche, für die keine Landeskirchensteuer im Lande Niedersachsen ausgeschrieben wird, beschließt das Landeskirchenamt mit Zustimmung des Landessynodalausschusses.

(2) Durch den Haushaltsplan wird das Landeskirchenamt ermächtigt, die darin vorgesehenen Einnahmen zu erheben und Ausgaben zu leisten. Hierbei wirkt der Landessynodalausschuß mit, soweit dies im Haushaltsplan oder in Kirchengesetzen bestimmt ist.

(3) Die Ermächtigung bleibt über den Haushaltszeitraum hinaus in Kraft, bis die Landessynode einen neuen Haushaltsplan festgestellt hat. Dies gilt nicht, wenn Einnahmen oder Ausgaben ausdrücklich als einmalig oder außerordentlich bezeichnet sind.

(4) Auch der Beschluß über die Erhebung von Kirchensteuern, Umlagen oder sonstigen Abgaben bleibt so lange in Kraft, bis die Landessynode einen neuen Beschluß faßt.

Artikel 77

Erhebt der Kirchsenat innerhalb eines Monats gegen einen Beschluß der Landessynode Einwendungen, so hat die Landessynode über den Gegenstand in einer frühestens am Tage nach der ersten Beschlußfassung stattfindenden Sitzung erneut zu beschließen. Erklärt sich die Landessynode mit Mehrheit der Stimmen der gesetzlichen Mitglieder für die Aufrechterhaltung des Beschlusses, so bleibt er bestehen.

Artikel 78

(1) Der Landessynode gehören an

- a) 23 von den Pastoren, den Studiendirektoren der Predigerseminare sowie dem Rektor des Pfarrvikarseminars, wenn er das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung hat, gewählte geistliche Synodale,
- b) 33 von den Kirchenvorstehern gewählte nichtgeistliche Synodale,
- c) 18 von den Kirchenkreistagen vorgeschlagene und vom Kirchsenat berufene nichtgeistliche Synodale,
- d) 18 vom Landesbischof berufene Synodale,
- e) der Abt zu Loccum, wenn seiner Mitgliedschaft nicht Artikel 79 entgegensteht,
- f) ein von der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen gewähltes Mitglied der Fakultät und ein vom Kirchsenat berufener Vertreter des Kirchenrechts.

(2) Bis zum Ablauf ihrer Wahlzeit gehören außerdem die in Artikel 100 Absatz 1 Buchstabe f genannten

Mitglieder des Kirchensenates der Landessynode auch dann an, wenn sie nicht wieder in die Landessynode gewählt oder berufen sind.

(3) Die nach Absatz 1 Buchstabe a zu wählenden geistlichen Synodalen müssen entweder

festangestellte Pastoren sowie Studiendirektoren oder Personen sein, die den Pastoren gleichgestellt sind, oder
andere Personen sein, die das Recht zur öffentlichen Wortverkündigung und zur Sakramentsverwaltung haben.

(4) Die nach Absatz 1 Buchstabe b zu wählenden und die nach Buchstabe c vom Kirchensenat zu berufenden nichtgeistlichen Synodalen dürfen dem in Absatz 3 genannten Personenkreis nicht angehören.

(5) Für die nach Absatz 1 Buchstabe a und b zu wählenden Synodalen ist die gleiche Zahl von Ersatzmitgliedern zu wählen.

(6) Beim Ausscheiden eines gewählten Synodalen tritt ein Ersatzmitglied in die Landessynode ein. Ist ein Ersatzmitglied nicht mehr vorhanden, so findet eine Nachwahl statt. Scheidet ein berufener Synodaler aus, so hat die zur Berufung berechtigte Stelle einen neuen Synodalen zu berufen.

Artikel 79

Der Landesbischof, die Landessuperintendenten, die Mitglieder, Beamten und Angestellten des Landeskirchenamtes sowie die Mitglieder des Verfassungs- und Verwaltungsgerichtes der Landeskirche können der Landessynode nicht angehören.

Artikel 80

(1) Die Landessynode wird alle sechs Jahre zum 1. April neu gebildet.

(2) Das Landeskirchenamt prüft die Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Landessynode.

(3) Über Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit der Bildung der Landessynode entscheidet der Landessynodalausschuß. Erklärt er einen Wahlvorgang für ungültig, so ist dieser zu wiederholen.

(4) Das Nähere über die Bildung der Landessynode wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 81

(1) Alle Synodalen müssen zur Zeit der Wahl oder Berufung das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Bei den nichtgeistlichen Synodalen müssen die Voraussetzungen für die Wählbarkeit zum Kirchenvorsteher mit Ausnahme der Mindestzeitdauer der Zugehörigkeit zu ihrer Kirchengemeinde vorliegen.

(2) Ein Synodaler scheidet aus der Landessynode aus, wenn er sein Amt niederlegt oder wenn das Fehlen einer Voraussetzung seiner Wählbarkeit vom Landessynodalausschuß festgestellt ist. Gegen die Entscheidung des Landessynodalausschusses kann der Synodale binnen einer Frist von einem Monat Einspruch bei der Landessynode einlegen. Diese entscheidet endgültig.

Artikel 82

(1) Die Synodalen sind an Weisungen und Aufträge nicht gebunden und dürfen wegen ihrer synodalen Betätigung nicht zur Rechenschaft gezogen werden.

(2) Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellungen, die der Landessynode angehören, bedürfen zur Teilnahme an deren Tagungen keines Urlaubs.

Artikel 83

(1) Der Kirchensenat beruft die Landessynode innerhalb von drei Monaten nach ihrer Neubildung zu ihrer ersten Tagung ein. Der Vorsitzende des Kirchensenates eröffnet diese Tagung; unter seiner Leitung wählt die Landessynode aus ihrer Mitte den Präsidenten der Landessynode sowie unter dessen Leitung die erforderliche Anzahl von Vizepräsidenten und Schriftführern. Die Wahlen gelten für die Dauer von drei Jahren. Die Gewählten bleiben bis zu einer neuen Wahl im Amt. Wiederwahl ist zulässig.

(2) Spätere Tagungen der Landessynode werden von dem Präsidenten der Landessynode im Benehmen mit dem Kirchensenat einberufen. Die Landessynode ist binnen drei Monaten einzuberufen, wenn der Kirchensenat, der Landessynodalausschuß oder ein Drittel der Synodalen dies verlangen.

Artikel 84

Am Sonntag vor jeder Tagung der Landessynode soll in der ganzen Landeskirche im Hauptgottesdienst fürbittend der Landessynode gedacht werden.

Artikel 85

(1) Der Eröffnung der Landessynode geht ein Gottesdienst voraus. In diesem Gottesdienst legen die Synodalen folgendes Gelöbnis ab:

„Ich gelobe vor Gott und dieser christlichen Gemeinde, daß ich als Mitglied der Landessynode gehorsam dem göttlichen Wort, in Treue gegen das Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche danach trachten will, daß die Kirche in Einigkeit des Glaubens und in Gemeinschaft der Liebe wachse zu dem hin, der das Haupt ist, Christus.“

(2) Das Gelöbnis im Eröffnungsgottesdienst nimmt der Landesbischof, das Gelöbnis der später eintretenden Synodalen nimmt der Präsident der Landessynode entgegen.

Artikel 86

(1) Die Landessynode ist bei Anwesenheit der Hälfte der Zahl der gesetzlichen Mitglieder beschlußfähig. Sie faßt ihre Beschlüsse mit Mehrheit der Stimmen der anwesenden Synodalen.

(2) Wahlen werden mit verdeckten Stimmzetteln vorgenommen. Wenn kein Synodaler widerspricht, ist ein anderes Wahlverfahren zulässig.

(3) Die Sitzungen sind öffentlich, soweit nicht einzelne Angelegenheiten auf Beschluß der Landessynode vertraulich behandelt werden sollen.

(4) Im übrigen gibt sich die Landessynode eine Geschäftsordnung.

Artikel 87

Der Landesbischof, die Landessuperintendenten, die Mitglieder des Kirchensenates und die Bevollmächtigten des Landeskirchenamtes sind berechtigt, an den Verhandlungen der Landessynode ohne Stimmrecht teilzunehmen und nach jedem Redner das Wort zu ergreifen.

5. Abschnitt

Landessynodalausschuß

Artikel 88

(1) Dem Landessynodalausschuß gehören sieben Mitglieder an. Diese werden von der Landessynode gewählt, und zwar drei aus der Zahl der geistlichen und vier aus der Zahl der nichtgeistlichen Synodalen. Für

die Mitglieder werden ebenso viele geistliche und nicht-geistliche Stellvertreter gewählt. Diese treten bei Verhinderung oder beim Ausscheiden von Mitgliedern in der von der Landessynode bestimmten Reihenfolge ein, beim Ausscheiden von Mitgliedern jedoch nur bis zu einer Neuwahl durch die Landessynode.

(2) Die Wahlen zum Landessynodalausschuß gelten für sechs Jahre. Der Landessynodalausschuß bleibt jedoch bis zur Wahl des neuen Ausschusses im Amt.

(3) Der Präsident der Landessynode ist berechtigt, an den Sitzungen des Landessynodalausschusses mit beratender Stimme teilzunehmen.

Artikel 89

Der Landessynodalausschuß tritt erstmalig unter dem Vorsitz seines ältesten Mitgliedes zusammen und wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter. Scheidet der Vorsitzende aus seinem Amt, so sind der Vorsitzende und sein Stellvertreter neu zu wählen.

Artikel 90

(1) Im Landessynodalausschuß werden Beschlüsse mit Stimmenmehrheit gefaßt. Der Vorsitzende gibt seine Stimme als Letzter ab. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Zur Gültigkeit eines Beschlusses ist erforderlich, daß mindestens zwei geistliche und drei nichtgeistliche Mitglieder an der Abstimmung teilgenommen haben. Die Beratungen können für vertraulich erklärt werden.

(2) Mit der Wahrnehmung einzelner Geschäfte kann der Landessynodalausschuß Unterausschüsse oder einzelne Mitglieder beauftragen.

Artikel 91

(1) Der Landessynodalausschuß nimmt die in Artikel 74 und in Artikel 75 Buchstabe h bezeichneten Aufgaben der Landessynode wahr, solange diese nicht versammelt ist. In der Ausübung dieser Aufgaben ist der Landessynodalausschuß an die Weisungen der Landessynode gebunden.

(2) Der Landessynodalausschuß hat insbesondere die Aufgabe:

- a) den Landesbischof, den Kirchensenat, den Bischofsrat und das Landeskirchenamt in wichtigen Angelegenheiten der Leitung und Verwaltung der Landeskirche zu beraten,
- b) darauf zu achten, daß die Beschlüsse der Landessynode ausgeführt werden.

(3) Der Landessynodalausschuß hat außerdem folgende besondere Aufgaben und Befugnisse:

- a) der Landessynode bei jeder ordentlichen Tagung einen Tätigkeitsbericht zu erstatten,
- b) bei der Rechtsetzung gemäß Artikel 121 Absatz 1, Artikel 124 und Artikel 127 Absatz 1 mitzuwirken,
- c) bei der Geldverwaltung der Landeskirche, soweit dies in der Haushaltsordnung, im Haushaltsplan oder in Kirchengesetzen bestimmt ist, mitzuwirken,
- d) die Zustimmung zur Verwendung von Einnahmen für nicht im Haushaltsplan vorgesehene Ausgaben, zur Verwendung eines für besondere Zwecke bestimmten landeskirchlichen Vermögens zu anderen Zwecken, zur Überschreitung des Haushaltsplanes, zur Übernahme von Bürgschaften und zur Aufnahme von Anleihen, die nicht im Haushaltszeitraum getilgt werden können, zu erteilen,
- e) die in der Landeskirchenkasse geführten Haushalts- und Vermögensrechnungen zu prüfen, das

Landeskirchenamt zu entlasten und der Landessynode eine Übersicht über die Rechnungen vorzulegen. Bei der Entlastung verbleibende Meinungsverschiedenheiten sind der Landessynode zur Entscheidung vorzulegen.

(4) Weitere Aufgaben können dem Landessynodalausschuß durch Kirchengesetz übertragen werden.

6. Abschnitt

Landeskirchenamt

Artikel 92

(1) Das Landeskirchenamt verwaltet die inneren und äußeren Angelegenheiten der Landeskirche nach dem geltenden Recht und entsprechend den vom Kirchensenat aufgestellten Grundsätzen für die kirchliche Verwaltung.

(2) Das Landeskirchenamt führt — unbeschadet der Aufsichtsbefugnisse anderer Stellen — an oberster Stelle die Aufsicht über die in der Landeskirche bestehenden kirchlichen Körperschaften und über die Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellungen.

(3) Das Landeskirchenamt vertritt die Landeskirche in Verwaltungs- und Rechtssachen. Erklärungen, durch welche die Landeskirche unmittelbar vermögensrechtlich verpflichtet wird, bedürfen der Unterschrift des Präsidenten oder des ihn vertretenden Mitgliedes unter Beidrückung des Amtssiegels. Die verfassungsmäßigen Zuständigkeiten des Landesbischofs, des Landessynodalausschusses und des Kirchsenates bleiben unberührt.

(4) Das Landeskirchenamt ist in allen Fällen zunächst zuständig, in denen nicht nach dem geltenden Recht die Zuständigkeit einer anderen Stelle besteht; abschließend entscheidet über die Zuständigkeit der Kirchsenat.

Artikel 93

(1) Aufgaben des Landeskirchenamtes können von ihm für einzelne Fälle auf nachgeordnete Stellen übertragen werden.

(2) Eine Übertragung ist nur zulässig, soweit sie nicht durch Kirchengesetz ausdrücklich ausgeschlossen wird.

Artikel 94

Bevor das Landeskirchenamt in einem Einzelfall entscheidet, sollen die nachgeordneten Aufsichtsstellen angehört werden.

Artikel 95

(1) Vorsitzender des Landeskirchenamtes ist der Landesbischof.

(2) Weitere ordentliche Mitglieder des Landeskirchenamtes sind der Präsident, der rechtskundige und der geistliche Vizepräsident und die erforderlichen haupt- oder nebenamtlichen geistlichen und nichtgeistlichen Mitglieder. Die Mitglieder werden vom Kirchensenat mit Zustimmung des Landesbischofs auf Lebenszeit ernannt. Der Präsident und der rechtskundige Vizepräsident müssen die Befähigung zum Richteramt, die geistlichen Mitglieder müssen die Befähigung zur Anstellung im Pfarramt besitzen.

(3) Der Präsident übt nach den vom Vorsitzenden gegebenen Richtlinien selbständig unter eigener Verantwortung die dem Vorsitzenden des Landeskirchenamtes zustehenden Befugnisse aus. Der Vorsitzende kann sich bestimmte Präsidialangelegenheiten allgemein oder im Einzelfalle zur persönlichen Entscheidung vorbehalten.

(4) Der Vorsitzende wird durch den Präsidenten vertreten; die Reihenfolge der Vertretung des Präsidenten richtet sich nach dem Dienstalter der Vizepräsidenten und der übrigen Mitglieder.

(5) Die Mitglieder des Landeskirchenamtes sind verpflichtet, den Landesbischof bei der Erledigung seiner Aufgaben zu unterstützen.

(6) Der Kirchensenat kann außerordentliche Mitglieder berufen und Bestimmungen über ihre Teilnahme an den Sitzungen und Abstimmungen des Kollegiums treffen.

Artikel 96

(1) Das Landeskirchenamt entscheidet als Kollegium. Alle ordentlichen Mitglieder haben gleiches Stimmrecht. Beschlüsse sind gültig, wenn die Hälfte der ordentlichen Mitglieder, darunter mindestens ein geistliches und ein nichtgeistliches Mitglied, an der Abstimmung teilgenommen hat.

(2) Der Vorsitzende sowie der Präsident können einen Beschluß, bevor er ausgeführt ist, spätestens aber bis zum Ablauf von zwei Wochen, beanstanden. Der Beschluß wird wirksam, wenn er mit Mehrheit aller ordentlichen Mitglieder in einer Sitzung wiederholt wird, die frühestens am nächsten Tage stattfinden darf.

(3) Das Landeskirchenamt gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Kirchensenates bedarf. In der Geschäftsordnung kann auch bestimmt werden, unter welchen Voraussetzungen von den Erfordernissen des Absatzes 1 Satz 1 und 3 abgesehen werden kann.

Artikel 97

(1) Zur Unterstützung des Kollegiums kann der Kirchensenat geistliche und nichtgeistliche Beamte des höheren Dienstes (Referenten) ernennen. Er kann ihnen widerruflich das Recht zur ständigen Teilnahme an den Sitzungen verleihen.

(2) Nichtgeistliche und geistliche Hilfsreferenten, Beamte des gehobenen, mittleren und einfachen Dienstes sowie Angestellte des Landeskirchenamtes werden vom Präsidenten eingestellt. Werden Hilfsreferenten länger als ein Jahr beschäftigt, so bedarf ihre Weiterbeschäftigung und Abberufung der Zustimmung des Kirchensenates.

Artikel 98

Der Präsident und die weiteren Mitglieder des Landeskirchenamtes werden vom Landesbischof in ihr Amt eingeführt. Sie legen folgendes Gelöbnis ab:

„Ich gelobe, daß ich den mir anvertrauten Dienst auf dem Grunde der Heiligen Schrift gemäß dem Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche nach dem in der Landeskirche geltenden Recht zur Ehre Gottes und zum Heile der Seelen verwalten und dabei in Treue darauf achten will, daß die Kirche in Einigkeit des Glaubens und in der Gemeinschaft der Liebe wachse zu dem hin, der das Haupt ist, Christus.“

Artikel 99

(1) Bei jeder ersten Tagung einer Landessynode hat das Landeskirchenamt auf Grund seiner Erfahrungen und Beobachtungen einen Bericht über den Stand des kirchlichen Lebens und der kirchlichen Arbeit vorzulegen.

(2) Das Landeskirchenamt sowie der Landessynodalausschuß können anregen, daß über wichtige, die Leitung und Verwaltung der Landeskirche betreffende

Fragen eine gemeinsame Beratung stattfindet. In dieser Sitzung führt der Landesbischof den Vorsitz. Ist der Landesbischof verhindert, so wird die Sitzung vom Vorsitzenden der Stelle geleitet, von der die Anregung ausgeht.

(3) Maßnahmen des Landeskirchenamtes, durch die voraussichtlich Mittel der Landeskirche in Anspruch genommen werden, die durch den Haushaltsplan nicht bereitgestellt sind, bedürfen der Zustimmung des Landessynodalausschusses.

7. Abschnitt

Kirchensenat

Artikel 100

(1) Dem Kirchensenat gehören an

- a) der Landesbischof,
- b) der Präsident des Landeskirchenamtes,
- c) der Vorsitzende des Landessynodalausschusses,
- d) ein vom Landeskirchenamt gewähltes geistliches Mitglied des Landeskirchenamtes,
- e) ein von den Landessuperintendenten gewählter Landessuperintendent,
- f) drei von der Landessynode gewählte Synodale,
- g) fünf von der Landessynode gewählte Glieder der Landeskirche, die zur Landessynode wählbar sind und, wenn sie ihr angehören, mit ihrem Eintritt in den Kirchensenat aus der Landessynode ausscheiden.

(2) Unter den nach Absatz 1 Buchstabe f und g zu wählenden Mitgliedern darf nur je eines zum geistlichen Synodalen wählbar sein (Artikel 78 Absatz 3).

(3) Solange die Stelle des Präsidenten des Landeskirchenamtes nicht besetzt ist und bei Verhinderung des Präsidenten des Landeskirchenamtes tritt sein rechtskundiger Vertreter an seine Stelle.

(4) Der Vorsitzende des Landessynodalausschusses wird im Falle seiner Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Landessynodalausschusses vertreten.

(5) Der Landessuperintendent wird im Falle seiner Verhinderung durch einen anderen Landessuperintendenten vertreten, der von den Landessuperintendenten als dessen ständiger Vertreter gewählt ist.

(6) Die Amtsdauer der gewählten Mitglieder (Absatz 1 Buchstabe d bis g) beträgt sechs Jahre; gewählt wird nach Ablauf der Hälfte der Wahlzeit der Landessynode.

(7) Die Mitgliedschaft der gewählten Mitglieder erlischt erst mit dem Eintritt der neuen Mitglieder.

(8) Nachwahlen gelten nur für den Rest der Amtsdauer des zu ersetzenden Mitgliedes.

Artikel 101

(1) Der Kirchensenat und seine Mitglieder sind in ihren Entschlüssen unabhängig und nur dem in der Landeskirche geltenden Recht unterworfen.

(2) Der Kirchensenat hat der Landessynode auf Anfragen, die in geschäftsordnungsmäßiger Form gestellt werden, über seine Tätigkeit Auskunft zu geben.

Artikel 102

Die Mitglieder des Kirchensenates sind zur Amtverschwiegenheit verpflichtet. Jedoch sind die Mitglieder nach Artikel 100 Absatz 1 Buchstabe a bis f zur Aussprache über ihre Tätigkeit im Kirchensenat mit den Stellen, denen sie angehören, berechtigt, soweit nicht die Vertraulichkeit der Verhandlungen entgegensteht.

Artikel 103

Die Mitglieder nach Artikel 100 Absatz 1 Buchstabe g haben bei ihrem Eintritt in den Kirchensenat folgendes Gelöbniß abzulegen:

„Ich gelobe vor Gott, daß ich als Mitglied des Kirchensenesates gehorsam dem göttlichen Wort, in Treue gegen das Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche danach trachten will, daß die Kirche in Einigkeit des Glaubens und in Gemeinschaft der Liebe wachse zu dem hin, der das Haupt ist, Christus.“

Artikel 104

(1) Den Vorsitz im Kirchensenat führt der Landesbischof, in seiner Vertretung ein vom Kirchensenat zu wählendes Mitglied. Der Kirchensenat kann einen weiteren Stellvertreter wählen.

(2) Der Kirchensenat tritt auf Einladung seines Vorsitzenden in der Regel monatlich zusammen. Er muß einberufen werden, wenn ein Drittel der Mitglieder es beantragt. Er ist bei Anwesenheit von mindestens sieben Mitgliedern beschlußfähig. Er faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit. Der Vorsitzende gibt seine Stimme als letzter ab. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Artikel 105

(1) Der Kirchensenat hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) alle Fragen, die das kirchliche Leben betreffen, zu beraten,
- b) bei der Bildung und Berufung der Landessynode mitzuwirken und an den Versammlungen der Landessynode teilzunehmen (Artikel 78 Absatz 1 Buchstabe c, Artikel 83 Absatz 1, Artikel 87),
- c) beim Zustandekommen von Kirchengesetzen (Artikel 119, 123 und 126), bei Beschlüssen der Landessynode nach Artikel 127 Absatz 3 und bei Erklärungen des Landeskirchenamtes nach Artikel 127 Absatz 1 und 2 mitzuwirken,
- d) Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen (Artikel 121),
- e) den Vorschlag für die Wahl des Landesbischofs aufzustellen (Artikel 65),
- f) den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die übrigen Mitglieder des Landeskirchenamtes sowie die höheren Beamten der landeskirchlichen Verwaltung zu ernennen (Artikel 95 und 97),
- g) den Stellenplan für die landeskirchliche Verwaltung im Benehmen mit dem Landessynodalausschuß aufzustellen,
- h) beim Erlaß der Geschäftsordnung des Landeskirchenamtes mitzuwirken (Artikel 96 Absatz 3) und den Geschäftsverteilungsplan für den höheren Dienst zur Kenntnis zu nehmen,
- i) dem Landeskirchenamt Grundsätze und Richtlinien für die kirchliche Verwaltung, insbesondere für seine Geschäftsführung zu geben,
- j) das Landeskirchenamt mit Vorarbeiten für die Kirchengesetzgebung zu beauftragen,
- k) die Landessuperintendenten zu ernennen, eine Dienstordnung für sie zu erlassen und die Dienstaufsicht über sie zu führen (Artikel 70 Absatz 1 und Artikel 69 Absatz 3),
- l) den Amtssitz und die Predigtstätte der Landessuperintendenten zu bestimmen (Artikel 70 Absatz 2 und 3),
- m) in Zweifelsfällen über die gegenseitige Abgrenzung der Zuständigkeiten des Landesbischofs, der Landessuperintendenten und des Landeskirchenamtes zu entscheiden,

- n) bei Verwaltungsakten nach Maßgabe der Kirchenverfassung und der Kirchengesetze mitzuwirken,
- o) Dienstbezeichnungen festzusetzen und Titel zu verleihen,
- p) die Mitglieder der kirchlichen Gerichte zu ernennen (Artikel 129 Absatz 1),
- q) das Gnadenrecht in der Landeskirche auszuüben,
- r) die Vertreter der Landeskirche in der Kirchenkonferenz der Evangelischen Kirche in Deutschland und bei gesamtkirchlichen Tagungen, denen gesetzgeberische Aufgaben nicht obliegen, zu bestimmen,
- s) bei der Ordnung und Verwaltung der in der Landeskirche bestehenden Klöster mitzuwirken (Artikel 108 bis 114).

(2) Erklärungen des Kirchensenesates, durch welche die Landeskirche unmittelbar vermögensrechtlich verpflichtet wird, bedürfen der Unterschrift des Vorsitzenden oder des ihn vertretenden Mitgliedes unter Beidrückung des Amtssiegels.

V. Teil

Besondere Einrichtungen in der Landeskirche

1. Abschnitt

Kloster Loccum

Artikel 106

Das Kloster Loccum ist ein Bestandteil der Landeskirche. Es bildet eine selbständige geistliche Körperschaft und dient kirchlichen Zwecken innerhalb der Landeskirche.

Artikel 107

Das Kloster Loccum besteht aus dem Abt und den Konventualen, deren Zahl vier bis acht betragen soll. Der Abt und die Konventualen müssen Glieder der Landeskirche, der Abt auch ordinierter Amtsträger in der Landeskirche sein. Die Konventualen müssen außer einem, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muß, die Voraussetzungen für die Verleihung der Anstellungsfähigkeit im Pfarramt erfüllen. Der Abt hat das Recht, nichtordinierte geistliche Konventualen zu ordinieren.

Artikel 108

(1) Abt und Konventualen werden vom Konvent gewählt. Die Wahl unterliegt der Bestätigung durch den Kirchensenat. Wird die Abtsstelle durch das Ausscheiden eines Abtes, der zugleich Landesbischof war, erledigt, so findet die Wahl des neuen Abtes nicht vor Ende der nächsten Tagung der Landessynode, spätestens jedoch nach Ablauf von zwei Jahren statt.

(2) Vor der Wahl des Abtes ist dem Kirchensenat eine Wahlliste vorzulegen, aus der er nicht genehme Personen streichen und deren Ergänzung er verlangen kann.

Artikel 109

Zu den Zwecken des Klosters gehört es vornehmlich, ein Predigerseminar zur Vorbildung künftiger Pfarrer in der Landeskirche zu unterhalten. Eine wesentliche Verminderung im Bestande des Seminars ist nur im Einvernehmen mit dem Kirchensenat zulässig. Im übrigen hat das Kloster an den Aufgaben der Landeskirche mitzuwirken. Die Aufgaben und die Art ihrer Erfüllung bestimmt das Kloster selbst.

Artikel 110

(1) Das Kloster ordnet und verwaltet seine Angelegenheiten selbständig im Rahmen des geltenden Rechtes nach der Klosterverfassung. Änderungen der Klosterverfassung bedürfen der Genehmigung des Kirchensenates.

(2) Die rechtliche Vertretung und Vermögensverwaltung des Klosters führen der rechtskundige Konventual oder bei seiner Verhinderung zwei Konventualen, die vom Kloster damit beauftragt werden.

Artikel 111

Die Verwaltung seiner Güter und Einkünfte führt das Kloster unter Oberaufsicht des Kirchensenates. Diesem sind der Haushaltsplan zur Genehmigung und die Rechnung zur Einsicht vorzulegen. Die Übernahme neuer Verpflichtungen auf die Dauer von mehr als fünf Jahren bedarf zur Gültigkeit der vorherigen Zustimmung des Kirchensenates.

Artikel 112

Die für die kirchliche Verwaltung im Stiftsbezirk Loccum bestehenden Sondereinrichtungen bleiben erhalten. Sie können vom Kirchensenat unter Zustimmung des Klosters aufgehoben oder geändert werden. Die Zustimmung kann durch Beschluß der Landessynode ersetzt werden.

2. Abschnitt

Andere Klöster

Artikel 113

(1) Das Kloster Amelungsborn ist eine geistliche Körperschaft in der Landeskirche, die landeskirchliche Aufgaben zu erfüllen hat. Es besteht aus dem Abt und den Konventualen. Die Oberaufsicht über das Kloster führt der Kirchensenat; er erläßt die Klosterverfassung und bestimmt im Einvernehmen mit dem Landessynodalausschuß die landeskirchlichen Aufgaben des Klosters. Der Abt wird nach Anhörung des Konventes vom Kirchensenat ernannt.

(2) Den Abt von Bursfelde ernennt der Kirchensenat auf Vorschlag der Landesregierung aus dem Kreise der evangelisch-lutherischen ordentlichen Professoren der Theologischen Fakultät der Universität Göttingen.

Artikel 114

(1) Die Errichtung oder Wiederherstellung klösterlicher Körperschaften als Bestandteil oder Einrichtung der Landeskirche bedürfen kirchengesetzlicher Regelung.

(2) Die Teilnahme von Klöstern und Stiften, die nicht Einrichtungen der Landeskirche sind, am Leben der Kirchengemeinden, der Kirchenkreise und der Landeskirche geschieht nach dem geltenden Recht; Änderungen bedürfen der Zustimmung des Kirchensenates. Die Aufgaben und Befugnisse der Landeskirche gegenüber den Klöstern und Stiften sowie die Patronatsrechte der Klöster, soweit sie auf die Landeskirche übergegangen sind, werden vom Landeskirchenamt wahrgenommen.

3. Abschnitt

Stadtkirchenverband Hannover

Artikel 115

Der Stadtkirchenverband Hannover nimmt für die in ihm zusammengeschlossenen Kirchengemeinden und Kirchenkreise gemeinsame Aufgaben übergreifender

Art wahr. Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

4. Abschnitt

Sonstige Einrichtungen

Artikel 116

Rechtsfähigen Vereinen und Stiftungen des Privatrechts, die Aufgaben im Sinne des Artikels 1 wahrnehmen, kann auf ihren Antrag die Rechtsstellung einer Körperschaft oder Stiftung des Kirchenrechts verliehen werden. Das Nähere wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 117

(1) Landeskirchliche Stätten, die zur Vorbildung oder Fortbildung der Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellungen dienen, werden vom Landeskirchenamt errichtet. Artikel 99 Absatz 3 bleibt unberührt.

(2) Andere Vorbildungs- und Fortbildungsstätten können vom Landeskirchenamt als landeskirchliche Einrichtungen anerkannt werden, wenn sie die dafür erforderlichen Bedingungen erfüllen.

Artikel 118

(1) Kirchliche Werke, die im Sinne des Artikels 1 übergemeindliche Aufgaben erfüllen, können durch Kirchengesetz als landeskirchliche Werke errichtet oder anerkannt werden.

(2) Andere Vereinigungen können vom Landeskirchenamt als kirchlich anerkannt werden, wenn sie in Satzung und Arbeit an das Bekenntnis und die allgemeine landeskirchliche Ordnung gebunden sind.

VI. Teil

Rechtsetzung und Rechtspflege

1. Abschnitt

Rechtsetzung

Artikel 119

(1) Gesetzgebendes Organ ist die Landessynode. Entwürfe zu Kirchengesetzen werden vom Kirchensenat oder aus der Mitte der Landessynode eingebracht. Entwürfe aus der Mitte der Landessynode bedürfen der Unterstützung von mindestens 15 Synodalen. Den Entwürfen ist eine Begründung beizufügen.

(2) Die von der Landessynode beschlossenen Kirchengesetze bedürfen der Zustimmung des Kirchensenates. Sie werden vom Kirchensenat vollzogen und verkündet. Wird das von der Landessynode beschlossene Gesetz nicht binnen drei Monaten vom Kirchensenat verkündet, so gilt dessen Zustimmung als verweigert.

(3) Wird die Zustimmung des Kirchensenates verweigert, so hat die Landessynode erneut zu beschließen. Bestätigt sie mit einer Mehrheit von zwei Dritteln ihrer gesetzlichen Mitgliederzahl den Beschluß, so hat der Kirchensenat binnen zwei Wochen das von der Landessynode beschlossene Gesetz zu vollziehen und zu verkünden. Bei verfassungsändernden Kirchengesetzen ist Artikel 120 anzuwenden.

Artikel 120

(1) Die Verfassung kann durch Kirchengesetz geändert oder ergänzt werden (Verfassungsänderung).

(2) Eine Verfassungsänderung ist in dreimaliger Beratung und Abstimmung zu beschließen. Für die Schlußabstimmung ist die Zustimmung von mindestens

zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der Landessynode erforderlich. Die Schlußabstimmung ist frühestens vierundzwanzig Stunden nach Abschluß der dritten Beratung zulässig.

Artikel 121

(1) Ist die Landessynode nicht versammelt, so können unaufschiebbare Gesetzesvorlagen des Kirchsenates von diesem mit Zustimmung des Landessynodalausschusses als Verordnung mit Gesetzeskraft verabschiedet werden. Dies gilt nicht für solche Vorlagen, die bereits bei der Landessynode eingebracht, aber von dieser verworfen oder noch nicht erledigt sind.

(2) Verordnungen des Kirchsenates mit Gesetzeskraft sind der Landessynode zur Bestätigung vorzulegen. Wird eine Verordnung nicht mit der nach Artikel 86 Absatz 1 oder Artikel 120 erforderlichen Mehrheit bestätigt, so tritt sie zwei Wochen nach Erscheinen des Kirchlichen Amtsblattes außer Kraft, in dem dieser Beschluß vom Kirchsenat verkündet wird. Die Landessynode kann einen späteren Zeitpunkt des Außerkrafttretens beschließen.

(3) Bestätigt die Landessynode eine Verordnung des Kirchsenates unter dem Vorbehalt gleichzeitig beschlossener Änderungen, so muß der Kirchsenat, wenn er den Änderungen zustimmt, binnen der von der Landessynode beschlossenen Frist von mindestens einem Monat die Verordnung in der von der Landessynode beschlossenen Fassung verkünden; andernfalls ist nach Absatz 2 zu verfahren.

Artikel 122

(1) Einer kirchengesetzlichen Regelung bedarf es

- a) zur Änderung oder Aufhebung von Kirchengesetzen, Verordnungen mit Gesetzeskraft oder von kirchlichem Gewohnheitsrecht,
- b) zur Regelung der Rechtsstellung der Gemeindeglieder und der Inhaber kirchlicher Amts- und Dienststellungen,
- c) zur Regelung des Rechtes der Kirchen- und Kapellengemeinden, der Gesamtverbände, der Kirchenkreise, des Stadtkirchenverbandes Hannover sowie aller übrigen Körperschaften des Kirchenrechts,
- d) zur Regelung des Kirchensteuerrechts,
- e) in allen sonstigen Fällen, in denen diese Verfassung eine kirchengesetzliche Regelung verlangt.

(2) Für die Einführung und Änderung von Agenden, Gesangbüchern, Katechismen und Ordnungen des kirchlichen Lebens gelten die Bestimmungen des Artikels 123.

(3) Der Bekenntnisstand und die Lehre in der Landeskirche sind einer gesetzlichen Regelung entzogen.

Artikel 123

(1) Entwürfe zu Kirchengesetzen, durch die Agenden, Gesangbücher, Katechismen und Ordnungen des kirchlichen Lebens eingeführt oder geändert werden, sind als vorläufige Entwürfe mit den Anlagen zunächst der Landessynode vorzulegen. Eine Beschlußfassung über den vorläufigen Entwurf findet nicht statt.

(2) Der Kirchsenat leitet den vorläufigen Entwurf sowie zum gleichen Sachgegenstand aus der Mitte der Landessynode gemäß Artikel 119 Absatz 1 eingereichte Entwürfe frühestens drei Monate nach Schluß der Synodaltagung den Kirchenkreistagen zur Stellungnahme innerhalb der Frist von einem Jahr zu. Die Stellungnahmen sind dem Kirchsenat einzureichen.

(3) Der Kirchsenat legt nach Ablauf der Jahresfrist einen endgültigen Entwurf mit den von den Kir-

chenkreistagen eingegangenen Stellungnahmen der Landessynode zur Beschlußfassung vor.

Artikel 124

Das Landeskirchenamt kann mit Zustimmung des Landessynodalausschusses Rechtsverordnungen erlassen:

- a) wenn eine Angelegenheit nach der Verfassung nicht der kirchengesetzlichen Regelung bedarf und nicht schon durch Kirchengesetz geregelt ist,
- b) wenn es durch ein Kirchengesetz dazu ermächtigt ist.

Artikel 125

Kirchliche Körperschaften, Anstalten und Stiftungen können durch Kirchengesetz ermächtigt werden, das landeskirchliche Recht durch eigene Satzungen zu ergänzen. Das Nähere, insbesondere die Verkündung der Satzungen, wird durch Kirchengesetz geregelt.

Artikel 126

(1) Kirchengesetze, Verordnungen mit Gesetzeskraft und Rechtsverordnungen sind im Kirchlichen Amtsblatt zu verkünden, sofern nicht etwas anderes in ihnen bestimmt ist. Kirchengesetze und Verordnungen mit Gesetzeskraft verkündet der Kirchsenat, Rechtsverordnungen des Landeskirchenamt. Wenn keine abweichende Regelung getroffen wird, treten Rechtsvorschriften zwei Wochen nach Ausgabe des Kirchlichen Amtsblattes in Kraft.

(2) Kirchengesetze der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und der Evangelischen Kirche in Deutschland sind, soweit sie das in der Landeskirche geltende Recht berühren, im Kirchlichen Amtsblatt bekanntzumachen.

Artikel 127

(1) Mitteilungen der in Artikel 4 genannten Körperschaften, die die Rechtsetzung der Landeskirche berühren, insbesondere Vorentwürfe und Entwürfe zu Kirchengesetzen, hat das Landeskirchenamt alsbald dem Kirchsenat und dem Landessynodalausschuß zur Unterrichtung vorzulegen. Erklärungen der Landeskirche zu Entwürfen von Kirchengesetzen der in Satz 1 erwähnten Körperschaften kann das Landeskirchenamt erst abgeben, wenn der Kirchsenat zugestimmt hat.

(2) Eine Erklärung darüber, ob die Landeskirche damit einverstanden ist, daß die Evangelische Kirche in Deutschland für ein bestimmtes Sachgebiet gesetzliche Bestimmungen mit Wirkung für die Gliedkirchen vorbereitet, kann das Landeskirchenamt nach vorheriger Zustimmung des Kirchsenates abgeben.

(3) Eine Erklärung nach Artikel 10 Buchstabe b der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland kann erst abgegeben werden, nachdem die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland den Wortlaut des Kirchengesetzes beschlossen und die Landessynode mit Zustimmung des Kirchsenates ihr Einverständnis erklärt hat. Bei einem Kirchengesetz, durch das die Verfassung der Landeskirche geändert wird, gilt Artikel 120 entsprechend.

2. Abschnitt

Rechtspflege

Artikel 128

(1) Der Rechtspflege in der Landeskirche dienen

- a) ein Verfassungs- und Verwaltungsgericht,
- b) Disziplinargerichte,

c) eine Spruchstelle in Lehrbeanstandungsverfahren. Sie werden durch Kirchengesetz errichtet. Dieses regelt auch ihre Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Verfahren.

(2) Durch Kirchengesetz kann bestimmt werden, daß sich die Landeskirche der Rechtspflegeeinrichtungen der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands oder der Evangelischen Kirche in Deutschland bedient.

Artikel 129

(1) Die Mitglieder der in Artikel 128 genannten Gerichte werden vom Kirchensenat ernannt. Sie sind unabhängig und nur an das geltende Recht gebunden.

(2) Sie können gegen ihren Willen nur kraft richterlicher Entscheidung auf kirchengesetzlich geordnetem Wege ihres Amtes enthoben oder an der Ausübung ihres Amtes gehindert werden.

Artikel 130

Unter den Mitgliedern kirchlicher Gerichte muß mindestens ein Mitglied zum Richteramt befähigt, ein Mitglied im Pfarramt anstellungsfähig sein.

Artikel 131

Die Bestimmung des Artikels 129 Absatz 1 Satz 2 ist auf die Mitglieder derjenigen kirchlichen Behörden oder Dienststellen anzuwenden, denen durch die Kirchenverfassung oder durch Kirchengesetz die Entscheidung zugewiesen ist

- a) im Verfahren über das Ausscheiden aus einem kirchlichen Ehrenamt,
- b) im Verfahren auf Entziehung der Anstellungsfähigkeit bei kirchlichen Amtsträgern,
- c) im Verfahren auf Aberkennung des kirchlichen Wahlrechtes,
- d) im Verfahren zur Prüfung der Gültigkeit von Wahlen oder Berufungen, die auf Grund der Kirchenverfassung oder auf Grund von Kirchengesetzen stattgefunden haben.

VII. Teil

Schlußbestimmung

Artikel 132¹⁾

Diese Verfassung tritt am 1. April 1965 in Kraft. Das Nähere wird durch das Einführungsgesetz geregelt.

Kirchengesetz der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck zu dem Vertrag der evangelisch-lutherischen Kirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Weltmission und des kirchlichen Weltdienstes.

Vom 7. April 1971

(Nachdruck aus KABL. 2/71)

Kirchenleitung und Synode haben gemäß Artikel 68 Abs. 1 und Artikel 94 Abs. 1 der Kirchenverfassung folgendes Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1

- (1) Dem zwischen
der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche
Schleswig-Holsteins,

der Evangelisch-lutherischen Kirche im
Hamburgischen Staate,
der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck,
der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Eutin

— einerseits —

und der Schleswig-Holsteinischen evangelisch-
lutherischen Missionsgesellschaft zu Breklum

— andererseits —

abzuschließenden Vertrag^{*)} über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Weltmission und des kirchlichen Weltdienstes (Anlage zu diesem Gesetz) wird zugestimmt.

(2) Die Kirchenleitung wird bevollmächtigt, den Vertrag unterschriftlich zu vollziehen.

Artikel 2

Dieses Kirchengesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Tag, an dem der Vertrag nach § 9 des Vertrages in Kraft tritt, ist im kirchlichen Amtsblatt bekanntzumachen.

Der Vorsitzende der Kirchenleitung

Bischof D. Meyer

Der Präses der Synode

Dr. Carus

Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Kirchengesetz der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 14. Januar 1970 über die Wahl der Kirchenvorsteher und der Mitglieder der Synode in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 28. Januar 1970 (KABL. 70 S. 3).

Vom 17. März 1971

(Nachdruck aus KABL. S. 49)

Auf Grund von § 20 Absatz 3 des Kirchengesetzes vom 14. Januar 1970 über die Wahl der Kirchenvorsteher und der Mitglieder der Synode der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck (KABL. 70 S. 1) erläßt die Kirchenleitung folgende Änderung der Ausführungsbestimmungen:

1. In § 6 zweiter Halbsatz werden die Worte „bei Angabe der Eintragsnummer und mit der Übersendung eines Abdrucks der Wahlvorschlagsliste“ gestrichen.
2. Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 1. April 1971 in Kraft.

Lübeck, den 23. März 1971

Die Kirchenleitung

Göldner

Oberkirchenrat

^{*)} Der Vertragstext wurde im Amtsblatt Band III Stück 12 S. 485 abgedruckt.

Kirchengesetz der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins betr. Bestätigung des Vertrages der evangelisch-lutherischen Kirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Weltmission und des kirchlichen Weltdienstes vom 14. April 1971.

Vom 23. Mai 1971

Einzigster Paragraph

Die Landessynode stimmt dem am 14. April 1971 abgeschlossenen *) Vertrag der evangelisch-lutherischen Kirchen in Schleswig-Holstein und Hamburg über die gemeinsame Wahrnehmung von Aufgaben der Weltmission und des kirchlichen Weltdienstes zu.

Die Kirchenleitung

Dr. Hübner

Satzung

für das

„Nordelbische Zentrum

für Weltmission und kirchlichen Weltdienst“

I.

Allgemeines

§ 1

Name, Rechtsform und Sitz

(1) Die am 10. April 1877 in Breklum gegründete „Schleswig-Holsteinische ev.-luth. Missionsgesellschaft“, der durch Allerhöchsten Erlaß vom 14. Juni 1879 die Rechte einer juristischen Person verliehen worden sind, führt den Namen

„Nordelbisches Zentrum
für Weltmission und kirchlichen Weltdienst“
(Nordelbisches Missionszentrum).

Unbeschadet seiner selbständigen Rechtspersönlichkeit ist es eine gemeinsame Einrichtung der nordelbischen Kirchen, nämlich

der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins,

der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate,

der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck

und der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Eutin.

Die kirchliche Rechtsstellung des nordelbischen Missionszentrums wird durch Vertrag mit den nordelbischen Kirchen geregelt.

(2) Sitz ist Breklum.

(3) Die Arbeit geschieht von den Missionshäusern in Breklum und Hamburg-Othmarschen aus.

§ 2

Grundlage

Das Nordelbische Missionszentrum gründet sich auf das in der Heiligen Schrift bezeugte Evangelium von Jesus Christus, das der ganzen Welt zu ihrem Heil verkündigt wird.

Diese Sendung in die Welt ist nach biblischem Zeugnis der ganzen Kirche aufgetragen. Das Nordelbische Missionszentrum arbeitet mit allen zusammen, die sich diesem Auftrag verpflichtet wissen. Dabei ist das lutherische Bekenntnis der Reformation in seiner Aktualisierung im ökumenischen Miteinander Grundlage und Richtschnur des eigenen Handelns.

§ 3

Zweck und Aufgabe

(1) Das Nordelbische Missionszentrum hat den Zweck, Zeugnis und Dienst der Sendung auszurichten und hierzu in den nordelbischen Kirchen die Aktivität zu wecken und zusammenzufassen. Dies geschieht

a) in der missionarischen Verkündigung und Verantwortung gemeinsam mit Partnerkirchen in der Ökumene,

b) in der Pflege zwischenkirchlicher Beziehungen,

c) im Zusammenwirken mit Dienststellen der Weltmission, der ökumenischen Diakonie, des kirchlichen Entwicklungsdienstes und der Arbeitsgemeinschaft Missionarischer Dienste und

d) in Zusammenarbeit mit den Organen der Gemeinden und freien Aktivitäten im Bereich der nordelbischen Kirchen.

(2) Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden durch das Nordelbische Missionszentrum

a) theologische und diakonische Fachkräfte missionarisch ausgebildet und in ihrem Dienst getragen,

b) Mitarbeiter ausgetauscht und Hilfsprogramme übernommen,

c) Pläne koordiniert und in ihrer Ausführung personell und finanziell unterstützt,

d) Verkündigung und Information in den Gemeinden und in der Öffentlichkeit verstärkt sowie missionarische Dienstgruppen zugerüstet und ausgebildet.

In Erfüllung dieser Aufgaben arbeitet das Nordelbische Missionszentrum mit anderen Trägern der Weltmission, des kirchlichen Weltdienstes und der Missionarischen Dienste im In- und Ausland zusammen.

Neben der Zusammenarbeit im Rahmen des Deutschen Evangelischen Missionstages wird das Verhältnis zu den Missionsgesellschaften, die im nordelbischen Raum arbeiten, sowie zu dem Verein der Freunde der Breklumer Mission in Nordschleswig durch besondere Vereinbarungen geregelt.

(3) In Anbetracht der historischen Entwicklung unterhält das Nordelbische Missionszentrum bis zu einer andersweitigen Regelung das Breklumer Krankenhaus für innere Krankheiten und Nervenleiden als evangelisches Krankenhaus.

(4) Das Nordelbische Missionszentrum kann weitere Aufgaben aufnehmen oder bestehende aufgeben.

(5) Das Nordelbische Missionszentrum verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, kirchliche und mildtätige Zwecke. Seine Tätigkeit ist nicht auf die Erzielung eines Gewinnes gerichtet (Gemeinnützigkeitsverordnung vom 24. Dezember 1953).

§ 4

Freundeskreise

(1) Der Entfaltung von Missionsaktivitäten dienen auch die Freundeskreise der im nordelbischen Bereich tätigen Missionsgesellschaften und andere Gruppen, die sich aktiv an Zeugnis und Dienst der Sendung beteiligen. Sie finden im nordelbischen Missionszentrum ihre Repräsentation im „Konvent der Freundeskreise“.

(2) Der Konvent der Freundeskreise tritt in der Regel einmal jährlich in Verbindung mit dem Jahresfest zusammen. Er hat die Aufgabe, die Wahlen nach § 5 Abs. 1

*) Der Vertragstext wurde im Amtsblatt Band III Stück 12 Seite 485 abgedruckt.

Satz 3 und § 6 Abs. 1 b durchzuführen und kann der Generalversammlung Anregungen für die Gestaltung der Missionsarbeit geben.

(3) Das Nähere regelt eine Geschäftsordnung, die durch den Vorstand des Nordelbischen Missionszentrums erlassen wird.

II.

Organe

§ 5

Die Generalversammlung

(1) Die Generalversammlung besteht aus bis zu 100 Mitgliedern. Davon werden bis zu 50 Mitglieder von den 4 Missionsbeiräten der nordelbischen Kirchen entsandt. Das Zahlenverhältnis wird in gegenseitigem Einvernehmen geregelt, in gleicher Zahl werden weitere Mitglieder von dem Konvent der Freundeskreise gewählt, davon zwei vom Verein der Freunde der Breklumer Mission in Nordschleswig. Die Generalversammlung wird alle vier Jahre neu gebildet.

(2) Die Generalversammlung tritt mindestens einmal jährlich unter der Leitung des Vorsitzenden des Vorstandes zusammen. Die Mitglieder des Vorstandes nehmen mit beratender Stimme teil.

(3) Die Generalversammlung hat die Aufgabe, den Jahresbericht des Vorstandes entgegenzunehmen, den Haushaltsplan für das kommende Jahr zu beschließen, nach vorheriger fachlicher Prüfung die Jahresrechnung abzunehmen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen. Im übrigen wacht die Generalversammlung darüber, daß die Arbeit des Nordelbischen Missionszentrums satzungsgemäß geschieht.

(4) Die Generalversammlung beschließt über die Aufnahme neuer oder die Beendigung bestehender Arbeitszweige.

(5) Die Generalversammlung wählt den Direktor auf Vorschlag des Vorstandes. Über die zur Wahl gestellten Persönlichkeiten ist vor der Wahl das Einvernehmen mit den Kirchenleitungen der nordelbischen Kirchen herzustellen. Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Wiederwahl ist möglich.

(6) Durch Empfehlungen, Anträge und Anfragen wirkt die Generalversammlung an den Entscheidungen des Vorstandes mit.

(7) Satzungsänderungen werden von der Generalversammlung mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen.

(8) Die Generalversammlung gibt sich eine Geschäftsordnung, in der insbesondere die Fragen der Beschlussfähigkeit und des Stimmrechts geregelt werden.

§ 6

Der Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus sechzehn Mitgliedern, acht entsandten und acht gewählten.

- a) Auf Vorschlag der jeweiligen Missionsbeiräte entsenden die Kirchenleitung
- der Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins drei Mitglieder,
 - der Kirchenrat der Ev.-luth. Kirche im Hamburgischen Staate und
 - die Kirchenleitung der Ev.-luth. Kirche in Lübeck je zwei Mitglieder sowie
 - die Kirchenleitung der Ev.-Luth. Landeskirche Eutin ein Mitglied.

b) Der Konvent der Freundeskreise wählt aus seiner Mitte acht Mitglieder.

(2) Bei Entsendung und Wahl ist auf eine angemessene Beteiligung nicht im kirchlichen Dienst stehender Frauen und Männer zu achten, sowie auf eine ausgewogene Altersgruppierung.

(3) Die Mitglieder des Vorstandes werden auf fünf Jahre entsandt oder gewählt. Sie sind nicht an Weisungen der entsendenden und wählenden Stellen gebunden.

(4) Die Mitgliedschaft im Vorstand erlischt durch eigene Erklärung oder mit Entzug des Mandats durch die entsendende Körperschaft.

(5) Der Vorstand wählt aus seiner Mitte den Vorsitzenden, seinen ersten und zweiten Stellvertreter sowie den Schatzmeister. Ist der Vorsitzende ein in den Vorstand entsandtes Mitglied, soll sein erster Stellvertreter aus dem Kreis der gewählten Mitglieder bestimmt werden oder umgekehrt.

§ 7

Arbeitsweise des Vorstandes

(1) Der Vorstand tritt mindestens jeden zweiten Monat zusammen. An seinen Sitzungen nehmen der Direktor, der Geschäftsführer und die Referenten mit beratender Stimme teil.

(2) Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens neun seiner Mitglieder, darunter der Vorsitzende oder einer seiner Vertreter, anwesend sind. Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefaßt. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

(3) Über die Verhandlungen des Vorstandes wird eine Niederschrift geführt, die vom Vorsitzenden und Schriftführer unterzeichnet wird. Abschriften gehen allen Vorstandsmitgliedern, dem Direktor, dem Geschäftsführer und den Referenten innerhalb von zwei Wochen nach der Sitzung zu. Einwendungen gegen die Niederschrift sind innerhalb von zwei Wochen nach Zugang geltend zu machen, andernfalls gilt die Niederschrift als genehmigt.

(4) Nichtaufschiebbar Entscheidungen zwischen den Sitzungen werden vom Vorsitzenden, einem seiner Stellvertreter und dem Schatzmeister unter Zuziehung des Direktors und des Geschäftsführers getroffen. Sie bedürfen der nachträglichen Genehmigung des Vorstandes.

(5) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die von der Generalversammlung zu genehmigen ist.

§ 8

Aufgaben des Vorstandes

(1) Der Vorstand bestimmt die Richtlinien für die Gesamtarbeit des Nordelbischen Missionszentrum und vertritt es gerichtlich und außergerichtlich. Er nimmt die Vertretung nach außen wahr und schließt Verträge oder trifft Vereinbarungen mit seinen Partnern. Er vertritt das Nordelbische Missionszentrum in überregionalen missionarischen Gremien und pflegt die Beziehungen zu nicht im nordelbischen Raum beheimateten Missionsgesellschaften. Er kann Ausführungsbestimmungen zu dieser Satzung erlassen. Rechtsverbindliche Erklärungen sind zu unterzeichnen durch den Vorsitzenden oder einen seiner Stellvertreter und durch den Direktor.

(2) Zu den Aufgaben des Vorstandes gehören insbesondere

- a) die Wahrnehmung des Vorschlagsrechts für die Wahl des Direktors,

- b) die Berufung des Geschäftsführers, der Referenten und des Chefarztes am Breklumer Krankenhaus,
- c) die Anstellung von Missionaren, missionsdiakonischen Fachkräften und anderen Mitarbeitern,
- d) die Bestellung des stellvertretenden Direktors und des stellvertretenden Geschäftsführers aus dem Kreise der Referenten,
- e) der Erlaß von Dienstanweisungen für alle Mitarbeiter,
- f) die Dienstaufsicht über den Direktor und den Geschäftsführer,
- g) die Aufstellung der Jahresrechnung und des Entwurfes für den Haushaltsplan mit Stellenplan,
- h) die Verwaltung des Vermögens des Nordelbischen Missionszentrums.

(3) Der Vorstand bildet Ausschüsse für bestimmte Aufgabenbereiche (§ 12).

(4) Der Vorstand ist verpflichtet, den Kirchenleitungen und Synoden der nordelbischen Kirchen Rechenschaft über die Arbeit des Nordelbischen Missionszentrums abzulegen.

III.

Direktorat

§ 9

Der Direktor

(1) Der Direktor leitet das Nordelbische Missionszentrum nach den Beschlüssen und Richtlinien des Vorstandes.

(2) Der Direktor ist verantwortlich für den Vollzug der Aussendung von Missionaren und missionsdiakonischen Fachkräften.

(3) Der Direktor übt Seelsorge und hat die Fürsorge für die Missionare, die missionsdiakonischen Fachkräfte und die Mitarbeiter im Missionszentrum. Er sorgt für ihre Weiterbildung.

(4) Dem Direktor obliegt es, unter Beteiligung der Referentenkonferenz die Mitarbeiter des Nordelbischen Missionszentrums zu berufen und zu entlassen, soweit nicht der Vorstand oder der Geschäftsführer zuständig sind. Er führt die Dienstaufsicht über die vom Vorstand berufenen Mitarbeiter unbeschadet der oberen Aufsicht des Vorstandes.

(5) Der Direktor beruft die Referentenkonferenz ein und leitet sie. Näheres regelt eine Geschäftsordnung, die der Vorstand erläßt.

(6) Der Direktor kann im Einverständnis mit dem Vorstand ihm obliegende Aufgaben auf andere Mitarbeiter übertragen.

IV.

Sekretariat

§ 10

Der Geschäftsführer

(1) Der Geschäftsführer führt im Einvernehmen mit dem Direktor die Verwaltung des Nordelbischen Missionszentrums. Er ist Referent für die Rechts-, Haushalts- und Vermögensangelegenheiten.

(2) Dem Geschäftsführer obliegt im Einvernehmen mit dem Direktor die Einstellung und Entlassung von Bürokräften und technischen Mitarbeitern im Rahmen des Stellenplans. Er führt über sie die nähere Dienstaufsicht.

§ 11

Die Fachreferenten

(1) Der Vorstand prüft die Fachreferenten für Missionstheologie, für die Arbeitsgebiete in Übersee, für Aufgaben des kirchlichen Weltendienstes und für andere Arbeitsbereiche. Unter den Referenten sollen auch nicht-theologische Mitarbeiter sein.

(2) Die Referenten pflegen im Einvernehmen mit dem Direktor die laufenden Beziehungen zu Kirchen, Missionaren und missionsdiakonischen Mitarbeitern in Übersee. Ihnen obliegt die Erledigung aller vom Vorstand beschlossenen Aufgaben. Sie vertreten die Anliegen ihres Arbeitsbereiches im Vorstand und sind diesem verantwortlich.

(3) Die Referenten sind am regelmäßigen Vortrags- und Besuchsdienst im Bereich der nordelbischen Kirchen beteiligt. Sie bemühen sich um eine enge Verbindung zu den Gemeinden und gesamtkirchlichen Einrichtungen der nordelbischen Kirchen.

(4) Die Referenten treten in der Regel zweimal im Monat unter dem Vorsitz des Direktors zu einer Referentenkonferenz zusammen.

V.

Ausschüsse

§ 12

(1) Der Vorstand kann für alle Aufgabengebiete des Nordelbischen Missionszentrums Ausschüsse einsetzen. Ihnen sollen mindestens drei, höchstens fünf Mitglieder angehören. Den Vorsitz soll nach Möglichkeit ein Mitglied des Vorstandes führen. Die Geschäftsführung liegt bei dem zuständigen Referenten.

(2) Der Vorsitzende des Vorstandes oder einer seiner Stellvertreter sowie der Direktor haben das Recht, an den Sitzungen der Ausschüsse teilzunehmen. Die Niederschriften werden dem Vorsitzenden des Vorstandes, dem Direktor und den Referenten zugeleitet. Sie stehen auf Wunsch allen Mitgliedern des Vorstandes zur Verfügung.

(3) Bei der Behandlung von Finanz- und Verwaltungsfragen ist der Geschäftsführer hinzuzuziehen.

(4) Missionare und missionsdiakonische Fachkräfte auf Heimaturlaub sind zu den entsprechenden Ausschusssitzungen hinzuzuziehen.

(5) Mitarbeiter im Reisedienst sind in angemessener Weise an der Arbeit der Ausschüsse zu beteiligen.

VI.

Finanzwesen

§ 13

Einnahmen

Einnahmen des Nordelbischen Missionszentrums sind

- a) Gaben aus Gemeinden, von Einzelnen und Gruppen,
- b) Haushaltsmittel und Kollekten der nordelbischen Kirchen,
- c) Einkünfte aus Vermögen und Besitz.

§ 14

Verwendung der Mittel

(1) Das Nordelbische Missionszentrum führt einen Gesamthaushalt unter Aufsicht des Geschäftsführers. Das Krankenhaus führt innerhalb dieses Gesamthaushaltes seine eigene Rechnung und verwaltet die ihm zur Verfügung stehenden Mittel bestimmungsgemäß.

(2) Die im Heimatdienst des Nordelbischen Missionszentrums anfallenden Ausgaben für Gehälter, Verwaltung, Reisen und Tagungen, Anschauungsmaterial, Instandhaltung von Grundstücken, Gebäuden, Inventar usw. werden von den nordelbischen Kirchen getragen. Spenden und Kollekten sollen für diese Zwecke nicht verwendet werden.

(3) Das Nordelbische Missionszentrum beantragt und verausgibt die in den Haushaltsplänen der nordelbischen Kirchen vorgesehenen Mittel für Zwecke der Weltmission und des Weltdienstes. Es leitet die auf die nordelbischen Kirchen entfallenden Beiträge an die Träger missionarischer und ökumenischer Verantwortung im In- und Ausland weiter.

(4) Das Nordelbische Missionszentrum verwaltet und verausgibt die ihm zur Erfüllung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellten Beiträge und Spenden in eigener Verantwortung und gemäß den haushaltsrechtlichen Bestimmungen der nordelbischen Kirchen.

(5) Gewinne dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder der Organe des Nordelbischen Missionszentrums erhalten keine Gewinnanteile und auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Nordelbischen Missionszentrums.

Keine Person darf auch Verwaltungsausgaben, die den Zwecken des Nordelbischen Missionszentrums fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

VII.

Schlußbestimmungen

§ 15

Satzungsänderungen

(1) Änderungen der Satzung, die den Zweck, den Sitz und die äußere Vertretung des Nordelbischen Missions-

zentrums betreffen, sowie Beschlüsse, die eine Aufhebung des Nordelbischen Missionszentrums zum Gegenstand haben, sind dem Konvent der Freundeskreise und den nordelbischen Kirchen zur Zustimmung, der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands sowie dem Deutschen Evangelischen Missionsrat zur Stellungnahme vorzulegen.

(2) Sollte die Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke unmöglich werden oder das Nordelbische Missionszentrum aus einem anderen Grunde aufhören zu bestehen, so fällt sein Vermögen an die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins mit der Auflage, es im Einvernehmen mit den übrigen nordelbischen Kirchen und im Sinne der bisherigen Arbeit des Nordelbischen Missionszentrums zu verwenden.

§ 16

Übergangsbestimmungen

(1) Die vorstehende Satzung tritt an die Stelle der zuletzt am 19. Dezember 1955 genehmigten Satzung der „Schleswig-Holsteinischen evangelisch-lutherischen Missionsgesellschaft“ zu Breklum vom 7. Oktober 1955.

(2) Bis zur Bildung der in dieser Satzung vorgesehenen Organe bleiben die nach der Satzung der „Schleswig-Holsteinischen evangelisch-lutherischen Missionsgesellschaft“ gewählten Organe bestehen.

(3) Das Nordelbische Missionszentrum tritt in alle Rechte und Pflichten der Schleswig-Holsteinischen ev.-luth. Missionsgesellschaft zu Breklum ein.

(4) Diese Satzung tritt nach der Zustimmung durch die nordelbischen Kirchen mit dem Tage der staatlichen Genehmigung in Kraft.

(5) Nach der Bildung einer Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, als deren Einrichtung sich das Nordelbische Missionszentrum versteht, ist diese Satzung unter Anpassung an die neue Rechtslage zu ändern.

c) Personalrecht

Dienstrecht der Katecheten in der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern; hier: Neufassung der Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz vom 28. November 1970.

Vom 1. Juni 1971

(Nachdruck aus KABL. S. 160)

Auf Grund des Artikels 4 der Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz (Zweite Änderungsverordnung zur Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz) vom 28. November 1970 (KABL. S. 275) wird nachstehend der Wortlaut der Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz vom 28. April 1970 (KABL. S. 91) in der vom 1. Januar 1971 an geltenden Fassung bekannt gemacht.

München, den 1. Juni 1971

I. A.: Dr. Grethlein

**Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz
in der Fassung der Bekanntmachung
vom 1. Juni 1971**

Auf Grund des § 11 des Katechetengesetzes vom 27. März 1968 (KABL. S. 72), geändert durch das Kirchen-

gesetz zur Änderung des Katechetengesetzes vom 18. März 1970 (KABL. S. 50) erläßt der Landeskirchenrat mit Zustimmung des Landessynodalausschusses folgende Durchführungsverordnung zum Katechetengesetz:

§ 1

(1) Katecheten (Katechetinnen) im Kirchenbeamtenverhältnis erhalten gemäß § 41 des Kirchenbeamtengesetzes Dienstbezüge in entsprechender Anwendung des Bayerischen Besoldungsgesetzes. Die Eingangsgruppe für Katecheten (Katechetinnen) ist die Besoldungsgruppe A 9; Beförderungsgruppen sind die Besoldungsgruppen A 10 und A 11. Katecheten erhalten die gleichen Zulagen zum Grundgehalt wie Fachlehrer in der Eingangsstufe des gehobenen Dienstes.

(2) Im Vorbereitungsdienst stehende Katecheten (Katechetinnen) erhalten, ebenfalls nach den jeweils geltenden staatlichen Sätzen, Unterhaltszuschuß bzw. Vergütung bei Beschäftigungsaufträgen für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst.

(3) Beförderungen können im Rahmen des Stellenplans, nach Bewährung und unter Berücksichtigung der mit der Stelle verbundenen Aufgabe und Verant-

wortung, in Anlehnung an die staatlichen Beförderungsgesetze ausgesprochen werden.

§ 2

(1) Das Pflichtstundenmaß für Katecheten (Katechetinnen) beträgt 25 Wochenstunden. Für Katecheten (Katechetinnen), die zwischen 9 und 16 Wochenstunden an Sonderschulen, Berufsschulen und Realschulen tätig sind, wird das Pflichtstundenmaß um 1 Stunde ermäßigt; für Katecheten (Katechetinnen), die 17 und mehr Wochenstunden an Sonderschulen, Berufsschulen und Realschulen tätig sind, wird das Pflichtstundenmaß um 2 Wochenstunden herabgesetzt.

(2) Der Landeskirchenrat kann das Pflichtstundenmaß in Einzelfällen aus besonderen Gründen herabsetzen.

§ 3

Katecheten, die an mindestens drei Schulen wöchentlich tätig sind, erhalten eine jährliche Pauschalvergütung in Höhe des Stundensatzes von zwei Jahreswochenstunden.* Bei einer Tätigkeit an mindestens fünf Schulen wöchentlich erhöht sich die Pauschalvergütung auf den Satz von drei Jahreswochenstunden, bei einer wöchentlichen Tätigkeit an mindestens sieben Schulen auf vier Jahreswochenstunden.

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt mit Ausnahme des § 2 Abs. 1, der zum 1. September 1970 in Kraft tritt, rückwirkend zum 1. Januar 1970 in Kraft. § 3 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1971 in Kraft.

(2) Die Durchführungsverordnung zum Katecheten-gesetz vom 9. Mai 1967 (KABl. S. 99) einschließlich der Änderung zur Durchführungsverordnung vom 24. November 1969 (KABl. S. 237) wird aufgehoben.

Gesetz der Evangelisch-lutherischen Kirche im Hamburgischen Staate zur Änderung des 1. Gesetzes über die Anwendung des Pfarrergesetzes der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands vom 11. Mai 1964 (GVM S. 25).

Vom 7. Juni 1971

(Nachdruck aus GVM S. 16)

Der Kirchenrat verkündet hiermit das von der Synode am 22. Mai 1971 beschlossene Gesetz:

§ 1

Art. I, Ziff. 11 erhält einen neuen Absatz:

Die Amtsdauer der am 25. Juni 1965 bestellten Mitglieder wird bis zur Errichtung eines gemeinsamen Kirchengerichts von Schleswig-Holstein und Hamburg, längstens aber um ein Jahr verlängert.

§ 2

Das Gesetz tritt am 25. Juni 1971 in Kraft.

Hamburg, den 7. Juni 1971

Der Präsident des Kirchenrates

D. Wölber

Bischof

* Bekanntmachung über Stundenvergütung für katechetische Hilfskräfte vom 21. September 1970 (KABl. S. 208); Beschreibung der kirchlichen Vergütungsgruppen vgl. Bek. 19. Februar 1969 (KABl. S. 27).

Verordnung der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck zur Änderung der Verordnung zur Regelung des Lehrvikariats in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 1. April 1966.

Vom 19. Mai 1971

(Nachdruck aus ABl. S. 53)

Auf Grund von § 8 Absatz 1 Satz 2 des Kirchengesetzes über die Vorbildung und Anstellungsfähigkeit der Pastoren in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 1. April 1966 (KABl. 1966 S. 171) verordnet die Kirchenleitung:

Artikel I

Die Verordnung zur Regelung des Lehrvikariats der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck vom 1. Juli 1966 (KABl. 1967 S. 233) wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Ziffer „2 1/2“ durch „2“ ersetzt.
2. § 6 erhält folgende Fassung:
„Die Ausbildung des Vikars soll in der Regel mit einem Lehrvikariat in der Gemeinde beginnen und enden und bei verschiedenen Vikariatsleitern abgeleistet werden.“
3. § 14 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Der Vikar hat am Studienseminar und an Lehrgängen der Kirchenleitung teilzunehmen.“
4. a) In § 16 Buchstabe f) werden die Worte „der Inneren Mission“ durch „des Diakonischen Werkes“ ersetzt.
b) Es werden folgende Buchstaben g) und h) angefügt: „g) wissenschaftliche Assistentenzeit an einer theologischen Hochschule; h) Verwaltungspraktikum“.
5. § 18 erhält folgende Fassung:
„Während der Sonderausbildung untersteht der Vikar dem Leiter der jeweiligen Arbeitsstätte.“
6. Die bisherigen §§ 19 bis 23 und § 25 entfallen.
7. Die Überschrift zu Teil IV erhält folgenden Wortlaut: „Studien- und Predigerseminare.“
8. Es wird ein neuer § 19 mit folgender Fassung eingefügt:
„(1) Zur Vikariatsausbildung gehört der Besuch des Lübecker Studienseminars. Sonderregelungen kann der Bischof im Benehmen mit dem Ausbildungsdezernenten treffen.
(2) Der Besuch des Studienseminars dient dazu, die in Gemeinde und Sondervikariat erhaltenen Eindrücke wissenschaftlich abzuklären und die Ausbildung für das Pfarramt abzurunden. Dabei ist darauf zu sehen, daß genügend Zeit zur Vorbereitung auf die zweite theologische Prüfung bleibt.“
9. Der bisherige § 24 wird § 20.
10. Der bisherigen Überschrift „Schlußbestimmungen“ wird vorgesetzt:

„Teil V“.

11. Der bisherige § 26 wird § 21.

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1971 in Kraft.

Lübeck, den 19. Mai 1971

Die Kirchenleitung

Göldner

Oberkirchenrat

Bekanntmachung der Verordnung der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck zur Regelung des Lehrvikariats vom 1. April 1966

(Nachdruck aus ABl. S. 54)

Nachstehend wird die Verordnung zur Regelung des Lehrvikariats vom 1. April 1966 (Kirchl. Amtsblatt 1966 S. 171) in der Fassung der Änderung vom 19. Mai 1971 bekanntgemacht.

Lübeck, den 19. Mai 1971

Die Kirchenleitung

Göldner
Oberkirchenrat

Verordnung

zur Regelung des Lehrvikariats in der Ev.-luth. Kirche in Lübeck in der Fassung der Bekanntmachung

Vom 19. Mai 1971

Teil I: Allgemeines

§ 1

(1) Nach dem Bestehen der ersten theologischen Prüfung hat jeder Kandidat der Theologie, der in den Vorbereitungsdienst der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck aufgenommen worden ist, eine 2jährige Ausbildung zu durchlaufen.

(2) Während der Ausbildungszeit führt der Kandidat die Bezeichnung „Vikar“. Die Ausbildungszeit wird als Lehrvikariat bezeichnet. Sie dient der Einführung des Vikars in die Aufgaben des geistlichen Dienstes. Das Lehrvikariat ist keine Entlastung für den Vikariatsleiter.

(3) Der Bischof bestellt im Benehmen mit der Kirchenleitung und dem Ausbildungsdezernenten den Vikariatsleiter.

(4) Während der Ausbildungszeit kann der Bischof einen Wechsel des Vikariatsleiters anordnen.

(5) Der Vikar hat über seine Tätigkeit im Lehrvikariat Tagebuch zu führen und dieses dem Ausbildungsdezernenten auf Verlangen vorzulegen.

§ 2

Der Vikar soll sich mit den Arbeiten der Diakonie, der Inneren Mission, der Weltmission und anderer kirchlicher Werke bekannt machen. Hierbei soll auf Lebensweg und Fähigkeiten des Vikars Rücksicht genommen werden.

§ 3

Die Einführung in gesellschaftliche Probleme bildet einen wichtigen Bestandteil des Vikariats. Dazu dient neben dem Studium einschlägiger Werke z. B. auch der Besuch von Gerichtsverhandlungen und die Teilnahme an öffentlichen Veranstaltungen politischen oder sozialen Charakters sowie der Besuch von Veranstaltungen, die einen antikirchlichen Charakter haben. Besonders über Veranstaltungen der zuletzt genannten Art soll der Vikariatsleiter mit dem Vikar ausführlich sprechen.

§ 4

(1) Der Exegese des Alten und Neuen Testaments sowie der Beschäftigung mit den Fragen des Bekenntnisstandes der Landeskirche kommt besondere Bedeutung zu. Der Vikar ist zur täglichen Lesung der Heiligen Schrift und zum geistlichen Leben mit dem Kirchenjahr anzuhalten.

(2) Der Vikariatsleiter bespricht mit seinem Vikar, welche theologischen Werke der Vikar durcharbeiten und in Form von Kurzreferaten dem Vikariatsleiter vortragen soll.

§ 5

Der dienstliche Schriftwechsel zwischen der Kirchenleitung und dem Vikar geht über den Vikariatsleiter. In seelsorgerlichen Angelegenheiten steht es dem Vikar frei, sich mündlich an den Bischof oder den Ausbildungsdezernenten zu wenden.

Teil II: Das Gemeindevikariat

§ 6

Die Ausbildung des Vikars soll in der Regel mit einem Lehrvikariat in der Gemeinde beginnen und enden und bei verschiedenen Vikariatsleitern abgeleistet werden.

§ 7

Der Vikar hat am Leben der Gemeinde, der er zugewiesen ist, teilzunehmen. Der regelmäßige Besuch der Gottesdienste und der Gemeindeveranstaltungen gehören zu seiner Ausbildung.

§ 8

Der Vikar soll einmal im Monat zur Abhaltung eines Gottesdienstes herangezogen werden. Die Predigt ist schriftlich vorzubereiten und dem Vikariatsleiter so rechtzeitig vorzulegen, daß dieser sie mit dem Vikar durchsprechen kann. Der Erziehung zur freien Rede kommt besondere Bedeutung zu. Nach dem Gottesdienst ist der Verlauf des Gottesdienstes mit dem Vikar durchzusprechen. Dies geschieht tunlichst nicht am gleichen Tage, sondern ein bis zwei Tage nach dem Gottesdienst. Das Ziel dieser Besprechung ist es, dem Vikar Mut zu machen und ihm zugleich zu zeigen, wo seine Mängel und seine Gefahren liegen.

§ 9

Der Vikar soll im Kindergottesdienst der Gemeinde regelmäßig mitarbeiten. Soweit dieser in Gruppenform gehalten wird, nimmt der Vikar an den Vorbereitungsstunden teil und übernimmt gegebenenfalls die Leitung einer Gruppe. Die selbständige Gesamtleitung des Kindergottesdienstes ist ihm in der Regel nicht öfter als einmal im Monat an einem für ihn predigtfreien Sonntag zu übertragen. Ein schriftlicher Entwurf der Katechese ist dem Vikariatsleiter vorher vorzulegen.

§ 10

Am Konfirmandenunterricht nimmt der Vikar zunächst als Zuhörer teil. Der Unterrichtsplan ist mit ihm zu besprechen und das Ziel des Unterrichts deutlich zu machen. Frühestens in der zweiten Hälfte des Gemeindevikariats kann er eine Vorkonfirmandengruppe übernehmen.

§ 11

Bei Gemeindebesuchen soll sich der Vikariatsleiter möglichst von seinem Vikar begleiten lassen. Der Vikar ist vorher in die Situation des zu besuchenden Gemeindegliedes einzuführen. Im zweiten Teil des Gemeindevikariats kann der Vikar auch selbständige Gemeindebesuche machen. Er soll seine Erfahrungen, ohne Verletzung der seelsorgerlichen Verschwiegenheit, anschließend mit dem Vikariatsleiter besprechen.

§ 12

Zur Ausbildung des Vikars gehört die Einführung in die „Ordnung des kirchlichen Lebens“ und in die Praxis der Amtshandlungen. Der rechte Vollzug der Handlung und das Wesen der Kasualrede sind vom Vikariatsleiter zum Gegenstand der Besprechung mit dem Vikar zu machen. Während seiner Ausbildungszeit soll dem Vikar Gelegenheit gegeben werden, in einzelnen Fällen Taufe, Trauung oder Beerdigung zu vollziehen und bei der Feier des Heiligen Abendmahls mitzuwirken.

§ 13

Über eine weitere Heranziehung des Vikars zu Gottesdiensten, zu Amtshandlungen, zu Vertretungen in anderen Gemeinden oder zu übergemeindlichen Aufgaben entscheidet auf Antrag des Vikariatsleiters der Ausbildungsdezernent.

§ 14

Der Vikar hat am Studienseminar und an Lehrgängen der Kirchenleitung teilzunehmen.

Teil III: Sonderausbildung

§ 15

Die Evangelisch-lutherische Kirche in Lübeck gewährt ihren Vikaren zur besseren Vorbereitung auf den Dienst eine sechsmonatige Sonderausbildung. Diese richtet sich nach den Bedürfnissen der Landeskirche, den Fähigkeiten der Vikare sowie den zur Verfügung stehenden sachlichen und finanziellen Möglichkeiten.

§ 16

Die Sonderausbildung kann umfassen:

- a) Ausbildung an einem Institut für Ehe- und Familienberatung
- b) Schulvikariat an einer Lübecker Schule
- c) Ausbildung an einem Oberseminar für das Religionsgespräch an Berufsschulen
- d) Ausbildung an der Missionsakademie
- e) Besuch eines Industrieseminars
- f) Einsatz in einem Arbeitszweig des Diakonischen Werkes
- g) wissenschaftliche Assistentenzeit an einer theologischen Hochschule
- h) Verwaltungspraktikum.

§ 17

Die Zuweisung in eine der unter § 16 genannten Ausbildungsmöglichkeiten erfolgt durch den Bischof nach Rücksprache mit dem Ausbildungsdezernenten. Der Vikar kann vorzeitig aus der Sonderausbildung abberufen werden.

§ 18

Während der Sonderausbildung untersteht der Vikar dem Leiter der jeweiligen Arbeitsstätte.

Teil IV: Studien- und Predigerseminare

§ 19

(1) Zur Vikariatsausbildung gehört der Besuch des Lübecker Studienseminars. Sonderregelungen kann der Bischof im Benehmen mit dem Ausbildungsdezernenten treffen.

(2) Der Besuch des Studienseminars dient dazu, die in Gemeinde und Sondervikariat erhaltenen Eindrücke wissenschaftlich abzuklären und die Ausbildung für das Pfarramt abzurunden. Dabei ist darauf zu sehen, daß genügend Zeit zur Vorbereitung auf die zweite theologische Prüfung bleibt.

§ 20

Der Besuch des Predigerseminars der VELKD in Pulach soll solchen Vikaren ermöglicht werden, die mit ihrer Persönlichkeit und ihrer wissenschaftlichen Ausbildung Gewähr dafür bieten, daß ein Besuch dieses Seminars für die Arbeit der Evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck besonders förderlich ist. Über die Entsendung entscheidet der Bischof nach Anhören des Ausbildungsdezernenten.

Teil V: Schlußbestimmungen

§ 21

Diese Bestimmungen gelten sinngemäß auch für die Vikarinnen der evangelisch-lutherischen Kirche in Lübeck.

Artikel II*)

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1966 in Kraft.

VII. Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik

b) Personalmeldungen

Generalsynode

Die Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in der Deutschen Demokratischen Republik hat den thüringischen Landesbischof D. Ingo Braecklein, Eisenach, zum neuen Leitenden Bischof der Vereinigten Kirche gewählt. Die Wahl erfolgte während der Tagung der Generalsynode, die vom 15.—18. September 1971 in Dresden — Strehlen stattfand. Er tritt die Nachfolge des früheren mecklenburgischen Landesbischofs D. Dr. Beste DD. an, der im Frühjahr mit

dem Übergang in den Ruhestand auch den leitenden Dienst in der Vereinigten Kirche niedergelegt hatte.

Bischofskonferenz

Zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Bischofs D. Dr. Beste DD. hat die Landessynode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs am 27. November 1970 den Landespastor Dr. Heinrich Rathke gewählt. Landesbischof Dr. Heinrich Rathke wurde am 27. März 1971 in sein Amt eingeführt.

c) Aus den Gliedkirchen

aa) Verfassungs- und Organisationsrecht

Verordnung der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens zur Ausführung des Kirchengesetzes über die Bildung der Kirchenvorstände vom 2. November 1970.

Vom 11. März 1971

(Nachdruck aus ABl. S. A 18)

Das Evangelisch-Lutherische Landeskirchenamt Sachsens verordnet gemäß § 28 des Kirchengesetzes über die Bildung der Kirchenvorstände vom 2. November 1970 (Amtsblatt Seite A 86 unter II Nr. 26) zur Ausführung dieses Kirchengesetzes folgendes:

§ 1

(zu § 2 Absatz 2 des Kirchengesetzes)

In der Regel soll die Zahl der Kirchenvorsteher beitragen in Kirchgemeinden bis zu 2000 Gemeindegliedern 6 bis 8
in größeren Kirchgemeinden bis zu 5000 Gemeindegliedern 8 bis 10
in größeren Kirchgemeinden bis zu 10 000 Gemeindegliedern 10 bis 14
in noch größeren Kirchgemeinden 12 bis 16.

§ 2

(zu § 3 Absatz 1 des Kirchengesetzes)

(1) Konfirmierten Kirchgemeindegliedern stehen solche Gemeindeglieder gleich, die als Erwachsene getauft oder die als Erwachsene auf Grund ihrer Kindertaufe nach Unterweisung zum Heiligen Abendmahl zugelassen worden sind.

(2) Eine Vorschrift über den Verlust des Wahlrechts findet sich in Ziffer 3 Absatz 3 der Taufordnung vom 20. März 1951 (Amtsblatt Seite A 23 unter II Nr. 14). Ausnahmen von dieser Vorschrift sind nach Ziffer 10 (d) der Taufordnung möglich. Es wird hierzu auf die Verordnung des Landeskirchenamtes betr. die Übertragung der Bewilligung von Ausnahmen von der Taufordnung auf die Superintendenten vom 10. August 1962 (Amtsblatt Seite A 53 unter II Nr. 18) verwiesen.

(3) Weitere Vorschriften über den Verlust und über das Ruhen des Wahlrechts finden sich in § 2 und § 3 des Kirchengesetzes über die Erfüllung finanzieller Pflichten gegenüber der Kirche vom 14. November 1969 (Amtsblatt Seite A 97 unter II Nr. 35).

§ 3

(zu § 3 Absatz 2, § 5 Absatz 3 und § 8 Absatz 2 des Kirchengesetzes)

Die Bekanntgabe von Zeit und Ort der öffentlichen Auslegung der Wählerlisten, von Zeit und Ort der Wahlmöglichkeiten und von Zeit und Ort der Kandidatenvorstellung hat so zu erfolgen, daß alle wahlberechtigten Kirchgemeindeglieder rechtzeitig Kenntnis erlangen können.

§ 4

(zu § 3 Absatz 3 des Kirchengesetzes)

Wird als Wählerliste das Kirchengemeinderegister (Kirchgemeindegarteil) verwendet, so ist der mit der Auskunfterteilung beauftragte Kirchenvorsteher oder kirchliche Mitarbeiter bei der Beauftragung ausdrücklich vom Vorsitzenden des Kirchenvorstandes auf seine Verpflichtung zur Dienstverschwiegenheit hinsichtlich

aller Angaben im Kirchengemeinderegister (Kirchgemeindegarteil) hinzuweisen, die nicht zum notwendigen Inhalt einer Wählerliste gehören.

§ 5

(zu § 3 Absätze 5 und 6, § 8 Absatz 3 und § 16 Absatz 1 des Kirchengesetzes)

Entscheidungen des Kirchenvorstandes im Sinne von § 3 Absätze 5 und 6 und von § 8 Absatz 3 des Kirchengesetzes sind möglichst durch Boten gegen schriftliche Empfangsbestätigung zuzustellen.

§ 6

(zu § 4 Absatz 1, § 19 Absatz 1 und § 29 Absatz 2 des Kirchengesetzes)

Die Bezirkskirchenämter werden ermächtigt, in begründeten Fällen Ausnahmen von der Altersbegrenzung in § 4 Absatz 1 des Kirchengesetzes zugunsten derzeit amtierender Kirchenvorsteher zu bewilligen, die bei der erstmaligen Neubildung der Kirchenvorstände nach dem Inkrafttreten des Kirchengesetzes das 68. Lebensjahr vollendet haben, im Falle einer Teilneubildung der Kirchenvorstände an Stelle der in § 29 Absatz 2 des Kirchengesetzes vorgeschriebenen Totalneubildung der Kirchenvorstände aber noch drei Jahre lang im Amte geblieben wären.

§ 7

(zu § 4 Absätze 4 und 5 und § 7 des Kirchengesetzes)

Enthalten Wahlvorschläge die Namen von Kirchgemeindegliedern, deren Wahl die Einwilligung oder die Genehmigung des Bezirkskirchenamtes im Sinne der Absätze 4 und 5 von § 4 des Kirchengesetzes voraussetzt, so hat der Kirchenvorstand zu diesen Vorschlägen die Entschließung des Bezirkskirchenamtes einzuholen, noch bevor er die vorgeschlagenen zusammenstellt. Wird die vorgeschriebene Einwilligung bzw. Genehmigung versagt, so ist der vorgeschlagene als nicht wählbar zu streichen.

§ 8

(zu § 6 Absatz 7 und § 19 Absatz 3 des Kirchengesetzes)

Auch die vom Kirchenvorstand zur Wahl vorgeschlagenen und die zu Berufenden einschließlich der zu Delegierenden haben ihre Bereitwilligkeit zur Amtsübernahme und zur Gelöbnisabgabe in schriftlicher Form zu erklären.

§ 9

(zu § 9 Absatz 1 des Kirchengesetzes)

Die Wahl hat nach Möglichkeit in einem dazu geeigneten kirchlichen Raum stattzufinden. Wird sie im Gotteshause durchgeführt, so ist dafür zu sorgen, daß die Würde des Ortes gewahrt wird.

§ 10

(zu § 11 Absatz 1 des Kirchengesetzes)

Der Grundsatz der geheimen persönlichen Stimmabgabe ist durch Ermöglichung unbeobachteter Schreibgelegenheiten (möglichst Wahlkabinen) und durch Verwendung von Wahlurnen zu wahren.

§ 11

(zu § 11 Absatz 2 und § 12 des Kirchengesetzes)

(1) Der Kirchenvorstand hat den Stimmzettel nach folgendem Muster herstellen zu lassen:

Stimmzettel
für die Kirchenvorstandswahl

in der Kirchgemeinde
(Stimmbezirk:)

Zu wählen sind Kirchenvorsteher. Deshalb dürfen höchstens Namen angekreuzt werden. Werden mehr Namen angekreuzt, so ist der Stimmzettel ungültig. Auch ist unstatthaft, den Stimmzettel mit anderen Namen oder mit anderen Vermerken, Kennzeichen oder sonstigen Ergänzungen zu versehen. Auch ein Stimmzettel ohne Ankreuzungen ist ungültig.

Die Reihenfolge der Namen ist alphabetisch. Sie stellt keine Wertung der Vorgeschlagenen dar.

— Es folgen die Vorgeschlagenen mit Familiennamen, Rufnamen, Lebensalter, Beruf und Wohnanschrift. —

(2) Für jeden Stimmbezirk sind besondere Stimmzettel nötig. Die Stimmzettel für „selbständige Stimmbezirke“ haben nur die Namen der für diesen Stimmbezirk Vorgeschlagenen zu enthalten.

§ 12

(zu § 13 Absatz 1 des Kirchengesetzes)

Die Wahlhandlung wird vom Vorsitzenden des Wahlvorstandes geschlossen.

§ 13

(zu § 13 Absätze 3 und 4 des Kirchengesetzes)

(1) Für die Verhandlungsniederschrift über die Wahlhandlung sind Muster zu verwenden, die vom Landeskirchenamt erstellt werden. Die Verhandlungsniederschrift ist vom Vorsitzenden und vom Schriftführer des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

(2) Ist der Vorsitzende des Wahlvorstandes nicht gleichzeitig Vorsitzender des Kirchenvorstandes, so hat er dafür zu sorgen, daß die unterzeichnete Verhandlungsniederschrift mit allen Wahlunterlagen (Wählerliste, Stimmzetteln und etwaigen Briefwahlunterlagen) unverzüglich nach Ermittlung des Wahlergebnisses dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes übermittelt wird.

§ 14

(zu § 19 Absatz 1 des Kirchengesetzes)

(1) Sollen Kirchgemeindeglieder berufen werden, deren Wahl die Einwilligung oder Genehmigung des Bezirkskirchenamtes nach § 4 Absätze 4 bzw. 5 des

Kirchengesetzes voraussetzen würde, so ist vor Abstimmung über die Berufung die Entschließung des Bezirkskirchenamtes einzuholen. Wird die Einwilligung bzw. Genehmigung versagt, so ist von der Berufung Abstand zu nehmen.

(2) Dies gilt auch für Delegierungen.

§ 15

(zu § 19 Absatz 2 des Kirchengesetzes)

Spätestens drei Wochen nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses im Gottesdienst hat das für Berufungen zuständige Wahlgremium zur Vornahme der Berufungen einschließlich der Überprüfung der Delegierungen zusammenzutreten.

§ 16

(zu § 24 Absatz 2 des Kirchengesetzes)

(1) Der Wahltag für die erste Neubildung der Kirchenvorstände nach dem Inkrafttreten des Kirchengesetzes wird auf den 15. Sonntag nach Trinitatis,

19. September 1971,

festgesetzt. Wo es die örtlichen Verhältnisse erfordern, kann der Kirchenvorstand beschließen, daß die Wahl am 16. Sonntag nach Trinitatis,

26. September 1971,

stattfindet. Von einem solchen Beschlusse ist dem Bezirkskirchenamt spätestens bis 15. Juni 1971 Mitteilung zu geben.

(2) Die Bezirkskirchenämter werden ermächtigt, in besonders begründeten Einzelfällen den Wahltag einer Kirchgemeinde auf einen Sonntag vor dem 19. September 1971 zu verlegen, falls darum bis 15. Juni 1971 nachgesucht wird.

(3) Der Tag der Amtseinführung der im Zuge der Neubildung der Kirchenvorstände gewählten und berufenen Kirchenvorsteher wird für alle Kirchgemeinden auf das Reformationsfest, Sonntag den

31. Oktober 1971,

festgesetzt. Kirchgemeinden, die im Schwesterverhältnis oder im Mutter- und Tochterverhältnis oder in einem Mitverwaltungsverhältnis zueinander stehen, können die Amtseinführung ihrer Kirchenvorsteher in einem gemeinsamen Gottesdienst auch dann vollziehen, wenn sie nicht die Bildung eines gemeinsamen Kirchenvorstandes vereinbart haben.

§ 17

Diese Verordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Evangelisch-Lutherisches Landeskirchenamt Sachsens

Dr. Johannes